



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908

191 (24.4.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-333442](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-333442)

General-Anzeiger



Thronementz

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegramm-Adresse:

„Journal Mannheim“.

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1443

Druckerei-Bureau (Einnahmen, Druckarbeiten) 041

Redaktion 037

Expedition und Verlagsbuchhandlung 018

70 Pfennig monatlich, halbjährlich 3 Mark, jährlich 6 Mark, durch den Postboten monatlich 1 Mark, durch den Postboten halbjährlich 5 Mark, durch den Postboten jährlich 10 Mark, Einzel-Kummer 5 Pfennig.

Inserate: Die Colonne-Zeile . . . 25 Pfennig, Anzeigen-Zeile . . . 50 Pfennig, Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gesellschaft und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluss der Inseraten-Ausnahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 191.

Freitag, 24. April 1908.

(Abendblatt.)

Der Bloß des Berliner Tageblattes.

Obwohl auch das Berliner Tageblatt trotz seiner sozialistischen Färbung scharf von der Sozialdemokratie angefaßt wird, läßt es doch von Angriffen gegen den Bloß nach wie vor nicht ab. Dieses Blatt aber, das an dem Bloß kein gutes Haar läßt, hat seinen eigenen Bloß, der sicherlich viel ansehnlicher ist, als der vom Tageblatt so angegebene Bloß.

Dieser Bloß, der keiner ist, sondern nur so heißt, legt offenbar den größten Wert darauf, mit dem nationalen Bloß nicht verwechselt zu werden. Als Pariser Korrespondent des Berliner Tageblattes betrachtet er es als seine Hauptaufgabe, der deutschen Marokkopolitik soviel Schwierigkeiten als nur möglich zu bereiten. Das glänzendste Stücklein hat er letzter Tage geleistet. Er telegraphierte seiner Zeitung die Äußerungen Pariser Blätter, die das deutsch-französische Kamerunabkommen als für Deutschland besonders vorteilhaft hinstellten und andeuteten, Deutschland mühe dafür in der Marokkofrage den Wünschen Frankreichs entgegenkommen. Herr Bloß fährt darauf wörtlich fort:

„Diese Worte beweisen, daß Frankreich in hoher Zukunft weiteres Entgegenkommen in der marokkanischen Angelegenheit von Deutschland erwartet. Als ähnliche Andeutungen vor einiger Zeit in französischen Blättern und auch an dieser Stelle laut wurden, wies die französische Regierung — etwas überflüssig — sie mit dem Vermerk zurück, daß sie eine Umänderung des Algerien-Vertrages nicht beabsichtige, und daß sie weiter in den Grenzen dieses Abkommens bleiben wolle. Falls sie irgendwelche Absicht geäußert hat, wäre es gut, wenn sie etwaige Wünsche möglichst klar formulieren sollte.“

Die Naivität, mit der hier der Korrespondent eines deutschen Blattes sich mit den Anschauungen französischer Blätter in der Marokkofrage identifiziert, und die Ungenauigkeit, mit der er als politische Antimiermann die französische Regierung auffordert, mit neuen Wünschen an Deutschland heranzutreten, werden höchstens noch von der Naivität und Ungenauigkeit des in der deutschen Reichshauptstadt erscheinenden Blattes übertroffen, das dieses haarsträubende Zeug wiedergibt. Statt seinem Korrespondenten den „blauen Brief“ zu schicken, hat bei einem bescheidenen Maße politischer Einsicht ein deutsches Blatt darüber klar sein, daß deutsch-französische Kamerunabkommen besondere Vorteile erlangt zu haben, ganz abgesehen davon, daß dies auch sachlich nicht zutreffend ist. Die Kamerunfrage ist nach langwierigen Vorarbeiten an Ort und Stelle ausschließlich noch geographisch-sachlichen Gesichtspunkten geregelt worden; an einen politischen Kaufhandel hat keiner der beiden vertragsschließenden Teile gedacht. Wenn jetzt französische Blätter sich so anstellen, als ob Deutschland ein Gott weiß wie glänzendes Geschäft dabei gemacht habe, so ist das von ihrem Standpunkte aus ganz begreiflich und wir nehmen es ihnen durchaus nicht übel. Wie aber ein Vertreter deutscher Interessen darauf hereinfallen kann, ist bloßschin unerfindlich.

Ob Deutschland jemals daran denken wird, seine durch die Algerienfrage verletzten Rechte in Marokko gegen Vorteile

anderer Art einzutauschen, steht dahin. Es wäre aber von der deutschen Regierung und der deutschen Presse grenzenlos dumm, anzudeuten, daß man darauf warte, um der französischen Regierung und der öffentlichen Meinung Frankreichs nahe zu legen, daß uns Vorschläge erwünscht wären. Das wäre weder geschäftlich klug, noch sachlich richtig. Marokko bietet, wenn erst die Ruhe wieder hergestellt ist — tozuzurechnen die Franzosen mit ihrem gegenwärtigen System der „Beruhigung“ nicht gerade beitragen —, so viele Möglichkeiten wirtschaftlicher Erfolge und politischen Einflusses, daß Deutschland gar keine Eile damit zu haben braucht, mit diesen Ausfällen Handelsverträge abzuschließen. Sich nach der Art gewisser anreisender Handelsleute an die Stunden zu Kauf und Verkauf heranzudrängen, entspricht weder der Klugheit, noch der Würde des mächtigen deutschen Reichs. Ist das Augenmaß für Deutschlands Stellung dem Pariser Korrespondenten eines Blattes abhanden gekommen, so sollte doch das Blatt selbst es nicht verloren haben. Sonst setzt es sich der Gefahr aus, daß es zwar noch durch Störung unserer inneren Politik eine gewisse Rolle spielen kann, daß es aber in der äußeren Politik jeden Anspruch auf Beachtung verliert.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 24. April 1908.

Der Bund der Industriellen und die preussischen Landtagswahlen.

Wie wir mitteilen, hat der Bund der Industriellen in Ausführung der Beschlüsse seiner letzten Gesamtvorstandssitzung einen Aufruf an die ihm angeschlossenen Vereine und Verbände gerichtet. Der Bund der Industriellen lenkt in diesem Aufruf die Aufmerksamkeit der ihm angeschlossenen industriellen Körperschaften auf die bevorstehenden preussischen Landtagswahlen, er fordert insbesondere auf, in den Wahlversammlungen für eine neue Wahlkreiseinteilung bezw. für eine Vermehrung der Sitze derjenigen Wahlkreise einzutreten, in denen Gewerbe, Handel und Industrie vertreten sind. Am ehesten hofft er jedoch dieses Ziel dadurch zu erreichen, daß mehr Industrielle und Industrievereine in den preussischen Landtag gewählt werden, und er regt aus diesem Grunde an, daß die Vorstände der angeschlossenen Vereine und Verbände nach geeigneten industriellen Landtagskandidaten Umschau halten. In einer Begründung seiner Stellungnahme sagt der Bund der Industriellen u. a.:

„Was nicht die Industrie, besitzende Eingebe, toem die Industrie an denjenigen Stellen, wo die Besetzung gemacht werden, gar keine oder nur eine einseitige Betretung hat, deshalb müssen unbedingt Industrielle selbst in den Landtag. Die politischen Parteien sind nicht geneigt, Industrielle in ihren Kreisen aufzunehmen, bescheiden sich aber mit Recht über die Zurückhaltung dieser Kreise.“

Der Bund der Industriellen teilt weiterhin mit, daß sein Generalsekretär die ihm von der nationalliberalen Partei angebotene Landtagskandidatur im Kreise Schmalkalden-Eschwege angenommen habe.

Wie man hieraus ersieht, stellt sich der Bund der Industriellen auf einen anderen Standpunkt, als er von den Herren Reich und Genossen eingenommen wird, die bekanntlich einen Bund gewerblicher Arbeitgeber gründen wollen, um vor allen Dingen ein Fortschreiten auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu verhindern. Der Bund der Industriellen betont demgegenüber vor allen Dingen die Bedeutung der wirtschaftlichen Fragen und strebt aus diesem Grunde eine größere Beteiligung der gewerblich entwickelten Kreise und der Industrie selbst an. Auf dem gleichen Standpunkt wie der Bund der Industriellen in Berlin dürfte, soweit wir unterrichtet sind, auch der Verband Sächsischer Industrieller stehen, wenigstens verläuft, daß der Verband den Eintritt in den Bund der gewerblichen Arbeitgeber seinerseits abgelehnt habe.

Fürst Bülow über die städtische Bodenfrage.

Der Vorstand des Deutschen Vereins für Wohnungsreform hatte vor einiger Zeit das von dem Generalsekretär des Vereins, Dr. v. Mangoldt verfaßte umfangreiche Werk „Die städtische Bodenfrage“, das wir mitgeteilt, Ende vorigen Jahres erschienen ist, dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Innern, Herrn v. Weismann-Sollweg überreicht. Darauf sind jetzt von beiden Stellen Dankschreiben eingelaufen, die erkennen lassen, eine wie große Bedeutung beide Staatsmänner der städtischen Bodenfrage beilegen. In dem Schreiben des Reichskanzlers heißt es unter anderem:

„Die kraftvolle Entschiedenheit des deutschen Städtelebens und die mit ihr in engster Zusammenhang stehenden wachsenden Schwierigkeiten, die sich der Schaffung von gesunden und preiswerten Wohnungen in genügender Zahl entgegenstellen, machen die Lösung der mit der städtischen Bodenfrage im Zusammenhang stehenden sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben zur unabweisbaren Notwendigkeit. Mit lebhaftem Interesse habe ich von den Vorschlägen des Herrn Dr. v. Mangoldt für die Reform Kenntnis genommen. Ich habe den Wunsch und die Hoffnung, daß der verdienstvollen Arbeit von den in erster Linie interessierten Kreisen der kommunalen Verwaltung die ihr gebührende Beachtung geschenkt werden möge.“

Das Schreiben des Staatssekretärs v. Weismann-Sollweg enthält folgende Stellen:

„Von der zusammenhängenden Darstellung der durch die städtische Bodenfrage geschaffenen schwierigen Probleme, die ich als eine sehr verdienstvolle Arbeit bezeichnen möchte, besonders aber von den beachtenswerten Reformvorschlägen habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Wenn auch die praktische Bodenpolitik in erster Linie an den Aufgaben der Gemeinden gebunden ist, so würde ich doch den auf die Befestigung der Wohnstätten im Städtebau und Wohnungsnotwendigkeiten abzielenden Bestrebungen hienach besondere Aufmerksamkeit, um soviel die Mitwirkung des Reiches in Frage kommen kann, auch meinerseits zur Lösung der schwierigen Aufgaben beitragen.“

Die Parteien im Wahlkampf.

Für die Landtagswahlen in der Provinz Westfalen wurde nach langwierigen und zum Teil außerordentlich schwierigen Verhandlungen zwischen der Freisinnigen Volkspartei und der nationalliberalen Partei ein Kompromiß auf der Grundlage der Wahrung des Bestandes abgeschlossen. Die Nationalliberalen ziehen dementsprechend ihre schon profa-

Russische Klosterkerker

In der Stadt Suzdalj des Gouvernements Wladimir liegt am Ufer des Nischnen Dnenez, welches in zahlreichen Windungen den freundlichen Ort durchströmt, das Kloster des heiligen Iosif; hohe steinerne Mauern und breiten, trohigen Türmen umschließen es von allen Seiten. Die Schloßartigen in den Türmen, die eisenbeschlagenen dicken Türhölzer mit den schweren Ringeln und Vorlöschlöchern machen diese Stätte des Friedens, wo weltliche Menschen ihre Asche suchen, einer Zwingburg ähnlich. Eine solche ist das Kloster für so manchen unruhigen Geist geworden; hierher wurden die „geistlichen Verbrecher“ verbannt. So hat das Kloster Suzdalj im geistigen Leben Russlands etwa dieselbe Rolle gespielt, wie die Peter Paulskirche in Petersburg im politischen Leben. Seit dem 17. Oktober 1905 hat aber auch hier so manche Seele ihren Inhaber verlassen.

Gegenüber diesem Kloster liegt am andern Ufer des Flusses ein zweites, welches nur weibliche Insassen beherbergt — Pokrow. Auch dieses hat seine historische Vergangenheit und so manche hochgeborene Frau aus kaiserlichem Geschlecht beschloß hier ihre letzten Tage. Hierher sandte der Großfürst von Moskau, Wassilj Wassiljewitsch, der Vater Iwan des Schrecklichen, seine erste Frau Salomone, die ihm keinen Leibeserben schenkte. Hier wurde eine der sieben Gemahlinnen Iwan des Schrecklichen Anna Wassiljewitsch eingekerkert. Hierher verbannte Peter der Große 1690 seine erste Gemahlin Eudoxia Lopuchin; ganze 18 Jahre schmachtete sie in ihrer Zelle.

Das tiefe Geheimnis, welches das Leben in den beiden Klöstern umgab, begünstigte die Bildung schauerlicher Legenden in Volk, von unterirdischen Jellen und finstern Berichten, in denen die Einzelkerker mit schweren Ketten an die Wand geschlossen, oder lebendig eingemauert waren. Später hat sich vieles davon als Fabel erweisen.

In der Gründungsurkunde des Suzdalschen Klostergefängnisses, welche unter der Regierung Katharinas der Zweiten, im Jahre 1768 erliefte, ist eine besondere Verfügung ausgesprochen, daß die Eingekerkerten nicht in Ketten gehalten werden dürfen. Später ist dem Vorsteher des Klosters, dem Archimandrit, gestattet worden, in einzelnen Fällen das Anketten-schließen anzuwenden. Nach jetzt sind in einzelnen Zellen die zwei Rad-Schweren, an der Wand befestigten Ketten zu sehen, welche den armen damit Gefesselten kaum einen Schritt freier Bewegung gestatten. Sonst aber ist als Bewältigungsmittel der aus Verzweiflung Todenden meist nur der Hunger angewandt worden.

In den letzten Jahrzehnten ist das Kloster übrigens lange nicht mehr so streng geschlossen und vielen Besuchern zugänglich gemacht worden. Die ständigen Mönche haben sich aus diesen weltlichen Besuchen sogar eine reichliche Einnahmequelle zu schaffen gewußt. Innerhalb der Klostermauer ist für fromme Besucher sogar ein zweifaches Gasthaus entstanden, dessen obere Hälfte für das sogenannte „reine Publikum“ — die weltlichen Stände bestimmt ist, während das Erdgeschoß die Räume zur Aufnahme des „schwarzen Volkes“ enthält. — Die Einwohner der Stadt erzählen, daß der jetzige Siedelmeister der Klöster arm wie eine Kirchenmaus ins Kloster getreten sei, jetzt aber ein hässliches Vermögen besitze. Er hat alle Aufgaben des Klosters, Bauen, Reparieren, Einkäufe etc. zu besorgen und verdient manchen Rubel von den Besuchern. Hierher werden hauptsächlich Sekulärer verbannt, Leute, die sich in ihrer Heimat durch geistliche Lehre und ihre Leben Ansehen erworben. Die tief religiöse Natur des russischen einfachen Mannes ist nun leicht bereit, in jeder neuen, wenn auch unverständlichen, oft überflüssigen Lehre eine prophetische Offenbarung zu sehen; so kam mancher der hier eine prophetische Offenbarung zu sehen; so kam mancher der hier im Kloster festgehaltenen Verbrecher in den Ruf eines Propheten oder Heiligen und lockte Scharen von Wallfahrern, meist Heilmittelsuchenden, an. Eine Zusammenkunft mit einem solchen Verbannten ist nur mit Genehmigung des Archimandriten — nach

Erhalt seines Segens möglich; dieser aber überließ im letzten Jahrzehnt allen Verkehr mit weltlichen Personen dem Siedelmeister und Bruder Iosif, welcher dabei ein wohlhabender Mann. — So lebte hier lange Jahre ein Bauer des Charkowschen Gouvernements namens Podgorin, der eine Lehre ähnlich der „Uchlowitz“ (die Abtötung des Fleisches antreibend) verbreitet hatte. Es war ein roher, rober, gewalttätiger Mensch, aber seine Heimgenossen hielten ihn für einen postbenedikten Mann und wallfahrten zu ihm. Doch auch andere Geirane hat die „Kette Suzdalj“, wie das Kloster im Volksmunde heißt, beherbergt; davon gibt der Priabhol des Klosters Kunde. — Unter den vielen einfachen Grabsteinen und den eingestampften grabwachenartigen Hügelchen fallen zwei prächtige Denkmäler aus glänzendem schwarzem Marmor auf. Das erste ist im Frühjahr, 1834 stehende Apfelbäume ihre Zweige darüber neigen. Das zweite trägt an der Vorderseite die Inschrift: „Kollegiant aus Ruzer Bantisch-Komensk, gestorben am 22. Januar 1829“ — auf der Rückseite die Worte: „dem brüderlichen Freunde.“ Auf dem andern Monument las ich folgendes: „Hier ruht die Asche des Gottesdienstes Bedor Petrowitsch Sawodnowsky, der aus dem irdischen Jammerlief zur ewigen Seligkeit einzog am 24. Mai, 1829.“ — Offenbar hatte eine lebende Genossin die beiden Denkmäler errichtet. Beide Männer hatten einst im politischen Leben eine Rolle gespielt; sie waren an der Verchwörung der Dekabristen beteiligt. Für sie hatte doch noch lebende Liebe sorgen können — wieviel einsame, von der Welt vergessene müde Seelen aber schlummerten unter den andern Hügelchen?

Mit einem Gefühl der Erleichterung verließ ich das Kloster. Dr. R.

Buntes Feuilleton.

— Ein „Gestrebter“ mit dem Ferkelstein, so wird geschrieben, seit mehreren Wochen eine neue Erscheinung im Berliner Straßen-

merkten Sonderkandidaturen im Wahlkreis Hagen-Schwelm zurück und unterstützen die beiden freisinnigen Kandidaten. Als Gegenleistung gewähren die freisinnigen den Nationalliberalen Wahlhilfe in den beiden Kreisen Altena-Fischerlohn und Hamm-Soest. In Halle-Perleberg werden zwei Nationalliberale und ein Freisinniger aufgestellt. In Minden-Lübbecke werden gleichfalls ein Freisinniger und ein Nationalliberaler in die Mandate. Es muß anerkannt werden, schreibt die „Voss. Zig.“, daß die Nationalliberalen unter Verzicht auf zwei sichere Mandate, die ihnen von den Konservativen in den beiden letztgenannten Wahlkreisen angetragen waren, ein Wahlabkommen mit dem Linksliberalismus vorgezogen. Der Kampf der verbliebenen Liberalen wird im Osten der Provinz gegen die gemeinsam vorgehenden Konservativen und Christlichsozialen geführt, im Westen haben die Liberalen ihre ganze Stosskraft gegen Zentrum und Sozialdemokratie zu richten.

Der Vorstand der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses veröffentlicht in der „Germania“ einen etwas langgeateten Wahlaufruf. An die Spitze gestellt wird die Frage der Wahlreform. In Bezug darauf heißt es wörtlich:

„Wir sind bereit, an der schweren Aufgabe einer Wahlreform mit voller Hingabe für die Interessen unseres Volkes und Staates und unter voller Wahrung der verfassungsmäßigen Rechte der wahlberechtigten Staatsbürger mitzuwirken. In welcher Richtung sich für diese Reform unsere Wünsche und Forderungen bewegen, ergibt unsere Stellungnahme von allerhöchster, wir haben dieselbe nach in neuerer Zeit im Parlament wiederholt ausgesprochen. Deshalb bedauern wir lebhaft, daß die königliche Staatsregierung nicht einmal die Erhebung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime für diese Reform in Aussicht gestellt hat. Sache der Wähler wird es sein, in vollkommener Anteilnahme an der bevorstehenden Wahl ihre Meinung zu einschneidendem Ausdruck zu bringen.“

Es erhellt nicht aus diesen vorsichtigen Wendungen, wie das Zentrum zur Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen steht. Das Zentrum ist in dieser Frage gespalten, der größere Teil der Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses hat sich für Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen ausgesprochen.

Gefordert wird natürlich ein Zentrumsaufschwung die Aufrechterhaltung der innigen Verbindung zwischen Kirche und Schule und der „berechtigten“ Einwirkung der Kirche auf heilige Erziehung der Jugend, ferner die volle Freiheit der Kirche, die nach unter den Ueberresten der sogenannten Kulturkampfgesetzgebung zu leiden habe. Man weiß, was das Zentrum unter voller Freiheit der Kirche versteht: die freie Kirche im unfreien Staate.

Die Feuerbestattung in Preußen.

In der Frage der fakultativen Feuerbestattung in Preußen erfuhr der „Voss.-Zig.“ in Ergänzung bisheriger Mitteilungen, daß das Ministerium des Innern in der Tat einen Gesetzentwurf bereits vollständig ausgearbeitet hatte. Die Regierung trug jedoch alsdann Bedenken, den Entwurf im Landtage einzubringen, und es wurde für günstiger erachtet, erst den Spruch des Oberverwaltungsgerichts in der Haager Streitfrage abzuwarten. In dieser Haltung der Regierung dürfte, wie schon früher angedeutet, die Stellung der Konservativen und des Zentrums zu der Angelegenheit mit beigetragen haben. Was die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts betrifft, so wird daran erinnert, daß das entsprechende Gericht des Königreichs Sachsen in der gleichen Frage eine Entscheidung zugunsten der Feuerbestattung getroffen hat, indem es erklärte, es sei diese Art der Beisetzung im Landesgesetz nicht verboten. Die Stadt Chemnitz hatte das Gericht angerufen. Dennoch bedurfte es erst eines besonderen Gesetzes, bevor Chemnitz die Schlussfolgerung aus der ihm günstigen Entscheidung ziehen durfte, da die Benutzung des Krematoriums im landespolizeilichen Interesse verboten worden war. Bei den Beratungen über den preussischen Entwurf sind solcher Fälle mehrere an das Licht gezogen oder aufs neue in Erinnerung gebracht worden. So hatte das Krematorium zu Wörlitz bei Lützen vom Jahre 1879 bis 1885 nicht benutzt werden dürfen, bis ein allgemeines Gesetz die Feuerbestattung in England für zulässig erklärte. Ebenso in Kopenhagen, wo die Verbrennungshalle von 1888 bis 1893 ihrer Bestimmung

bildete. Der etwa 40 Jahre alte Mann hat langwallendes, weiß über die Schultern fallendes Vordenhaar, einen rötlichen Christuskopf. Seine ziemlich altertümliche Orgel spielt nur geistliche Lieder. Nach jedem Liede hält der Mann eine Ansprache, die in Ermahnungen, daß die Menschen sich bessern mögen, und schließlich in ein Gebet ausmündet. Namentlich in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts hat Berlin eine ganze Anzahl solcher sonderbarer Heiligen, die als Originale galten und dementsprechend behandelt wurden, gekannt. Man nahm sie damals schon nicht allzuernst und behauptete, daß derartige Leute im Hölle Rämmerlein gerade das Gegenteil seien von dem, was sie öffentlich auf der Straße und auf den Höfen predigten. Immerhin ist es ein charakteristisches Zeichen unserer wiederholt fast ins Apathische und Nüchternende gehaltenen Zeit, daß solche Erscheinungen möglich ist und ihre Existenz findet. Allerdings wußt sich auch dieser moderne Straßen- und Hofprediger ganz nach der Art seiner längst hinweggegangenen Vorgänger mit Vorliebe die inneren, ältesten Stadteile als Operationsfeld.

Ein Telephon auf dem Monte Rosa. Es ist bekannt, daß das Telephon in der Schweiz eine Verbreitung erlangt hat, wie in seinem anderen Teile der Alpen. Auch an der italienischen Grenze sieht man dieses Beispiel wieder nach. Aus soll der zweifelhafte Berg der Alpen, der Monte Rosa, sein Telephon erhalten. Es handelt sich um die Verbindung des neuen Oberbauriums auf dem Colle d'Orta (2871 Meter) mit der Capanna Giffetti (3647 Meter) und der Capanna Margherita (3561 Meter) auf der Signalmulde, einem der Hauptgipfel des Monte Rosa-Massives. Diese Telephonleitung wird teils über italienisches, teils über schweizerisches Gebiet führen.

Einem hübschen Scherz erzählt der „Berl. Vöses-Zig.“ aus Kowowes. Anlässlich der 50. Aufführung der „Mäder“ im Deutschen Theater ging dem Berliner Verlage Entsch aus Kowowes folgendes Schreiben zu: „Wolte wohl beistimmen, ob vielleicht der Name des Theaters die Mäder zu haben ist sollte das der Fall sein so bitte ich Sie mir umgehend beistimmen zu schreiben wenn möglich auch den Preis damit ich meinen Verein demnachrichtigen kann. Hochachtungsvoll. . . in Kowowes . . .“

Denkmal für einen Helden von Düssel. Das Denkmal für den Helden Mink, eine Schöpfung des Bildhauers Professor Witz, Wandhauer zu Charlottenburg, wird, wie die „Berl. Zig.“ vermeldet, am 31. Mai mit besonderer Feierlichkeit enthüllt werden. Die Stadt Spandau hat für das Werk einen Platz in der Nähe der planierten Herberge Mink. Mink ist ein Held von Düssel, der bei dem Sturm sein Leben geopfert hat. Es waren neun Helden (schonlich vorgegangen, um welche zu reden, und fünf von ihnen waren schon gefallen, als die Wackeren an eine von Düssel besetzte

entzogen blieb. Das Krematorium in Offenbach endlich stand vom Jahre 1889 bis 1899 zwecklos da. Und in England wie in Dänemark und in Deutschland war das betreffende Verbot im landespolizeilichen Interesse ergangen. Von den deutschen Bundesstaaten haben jetzt zwölf ihren Widerstand gegen diese Bestattungsform aufgegeben. Es sind dies in chronologischer Folge: Sachsen-Stoburg-Goltha, Baden, Hamburg, Sachsen-Weimar, Hessen, Württemberg, Bremen, Anhalt, Lübeck, Sachsen-Meinungen, Königreich Sachsen und Neuh. J. A.

Deutsches Reich.

(Brinz Rupprecht und der Flottenverein.) Die Meldung aus München, wonach Prinz Rupprecht von Bayern dem bayerischen Flottenverein angezogen haben sollte, er sei bei etwaiger Nichtwiederwahl des alten Präsidiums in Danzig bereit, das Protektorat wieder zu übernehmen, wird von der Adjutantur des Prinzen Rupprecht als unrichtig bezeichnet.

(Eine Komreise des Weibischs.) Wie die polnische Blätter übereinstimmend melden, ist Weibisch Dr. Wikowski, der derzeitige Vertreter der verwaisten Erbsiedel Polen-Gesien, am Dienstag nach Rom abgereist. Ueber den Zweck dieser nach dem unmittelbaren Besuch des Reichskanzlers Fürsten Billow besonders auffälligen Reise ist nichts bekannt geworden.

(Polnische Drohbriebe.) Der Oberpräsident der Provinz Posen, der Regierungspräsident und der Vorsitzende der Ansiedlungskommission sollen eine Reihe Drohbriebe in polnischer Sprache erhalten haben, in denen ihnen das Schicksal des Statthalters von Galizien wegen brutaler Unterdrückung der polnischen Nation angedroht wurde. Die bedrohten Beamten sollen unter polnischen Säug gestellt worden sein. Die Drohbriebe wurden in Posen und Gnesen zur Post gegeben.

(Deutsch-Marokkanische Gesellschaft.) Die öffentliche allgemeine Versammlung der Marokko-Interessenten findet am Samstag, den 25. ds. Mts., abends 8 Uhr, zu Berlin, im Architektenhaus statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Die Notwendigkeit energischer Maßnahmen zur Wahrung deutscher Interessen in Marokko gegenüber Frankreich, mit Bezug auf die Erklärungen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Staatssekretärs des Auswärtigen im Reichstag zur Marokko-Frage. Redner: Graf Ernst zu Reventlow.

Rundschau im Auslande.

Die Engländer und ihr König.

Die Zeitungen können sich noch immer nicht darüber beruhigen, daß König Eduard seinen neuen Premierminister nicht in England, sondern von Biarritz aus ernannte. Bekanntlich fing die „Times“ damit an, allerhand Bedenken auszusprechen und darauf hinzuweisen, daß der König kein Recht habe, seiner persönlichen Bequemlichkeit wegen während eines solchen Moments im Ausland zu bleiben, und nachher folgten eine Menge Blätter nach und sprachen sich in rückwärtsloster Weise über das Vorgehen des Monarchen in dieser Angelegenheit aus. Jetzt geht ein Blatt sogar so weit, die Aufschrift eines Jurijens zu veröffentlichen, der läßt behauptet, daß die Ernennung Mr. Asquiths zum Premier überhaupt ungültig sei, weil sie auf ausländischem Grund und Boden stattgefunden habe. Es wird ausgeführt, daß der König der Verfassung gemäß nur in seinem eigenen Lande Souverän sei, im Auslande aber nur als Privatmann angesehen werden könne, ein von ihm im Auslande vollzogener Staatsakt sei daher einfach ungültig.

Der Sozialistenbund der Loire.

erließ zu den Gemeindevahlen einen Aufruf, in dem das Gütergemeinheits-Program und die Umwandlung der Privatbetriebe in Staatsregion des Sozialismus wiederholt wurde und der auch die Unterschrift des Abgeordneten von Saint Etienne und des Justizministers Briand trug. Daraufhin kündigt der

Polladenbesetzung gelangten Mink, der den Pulverschlag trug, ging mit den Worten vor: „Herr Hauptmann, grüßen Sie meine Frau und meine Kinder!“ und entzündete dann, durch einen Schuß in die Brust schwer verwundet, den Pulverschlag mit einem Streichholz. Ein Hauptmann und ein Leutnant wurden leicht verwundet, der einzige unverwundet gebliebene Gemeine Ledermann hat es später bis zum General gebracht. Das Denkmal wird errichtet von ehemaligen Kameraden des 3. Brandenburgischen Pionierbataillons von Rausch; es zeigt die Bronzeplatte Minkes, wie er schwer verwundet über einer zertrümmten Polladenwand zusammensinkt, und wird allen in den Kriegen seit 1864 gefallenen Pionieren des 3. Bataillons gewidmet.

— Eine neue Wirtin des Kaiser. Es ist bis jetzt in der Öffentlichkeit noch nicht bemerkt worden, daß der Kaiser seinen Schwarzbart vor einiger Zeit eine andere Form gegeben hat. Er hat die harr aufwärts gerichteten Schmelzspitzen aufgegeben und trägt jetzt den Bart lang ausgezogen. Die Spitzen sind nur noch in einem möglich krummen Winkel in die Höhe gerichtet. Ueber den Anlaß zu dieser Aenderung erzählt die „Information“: Beim Angedenken einer Jagarte wurde die kaiserliche Wirtin bis über die Hälfte verrennt, was zur Folge hatte, daß auch die rechte entsprechend gekürzt wurde. Die neue Wirtin fand den Beifall der Kaiserin, worauf sich der Kaiser entschloß, sie beizubehalten. Uebrigens zeigt bereits das Bild des Kaisers als Dolher von Oxford die neue Tracht.

— Ein Wirtinshaus für Arbeiter, das aus den Mitteln einer wohlthätigen Stiftung errichtet wurde, ist dieser Tage in Paris an der Ecke der Rue d'Allemagne und der Passage de Metz in der Benutzung übergeben worden. Man hat beim Bau des Hauses an solche Arbeiter und Handwerker als Einwohner gedacht, die zu Hause in ihrer Werkstatt arbeiten. Infolgedessen gehört zu jeder Wohnung ein besonderer Arbeitsraum, ein Keller, das mit einer elektrischen Anlage zum Antreiben und zur Bewegung der Arbeitsmittel versehen ist. Das Haus hat zwei Höfe und sechs Etagen. Der Zugang zur Werkstatt befindet sich unmittelbar vom Treppengang, so daß die Kunden und Auftraggeber nicht erst die Wohnräume der Arbeiter zu betreten brauchen. Die einzelnen Wohnungen bestehen aus zwei und drei Zimmern und kosten jährlich je nach Lage 50 bis 100 Mark Miete. In besonderer Weise ist bei der Anlage auf die Kinder Rücksicht genommen worden. Im Erdgeschoss befindet sich eine geräumige und lustige Halle, in der die Kinder bei Regen und schlechtem Wetter spielen können. Außerdem hat man auf dem Dach eine Terrasse angelegt, auf der sich an heißen Sommerabenden die Eltern mit den Kindern zur Erholung aufhalten sol-

herfale Nationalist Gantier aus Clagny an, er werde vom Justizminister Rechenschaft darüber verlangen, ob er Mitglied des Sozialistenbundes der Loire sei und die Absicht habe, die kapitalistische in eine kollektivistische Gesellschaft umzuwandeln. Briand wartet die Frage nicht ab, sondern erklärt, seine Unterschrift sei ohne seine Zustimmung unter den Akten des Sozialistenbundes der Loire gesetzt worden.

Muley Hafid's neue Europa-Mission.

Ueber die neue Gesandtschaft, die Muley Hafid nach Europa schickt, teilt der „Zeit. Parisien“ folgendes mit: Die Gesandtschaft wird von zwanzig marokkanischen Würdenträgern gebildet, von denen die vornehmsten Sidihami, der Gouverneur von Marrakesch und der Bruder des hafidischen Kriegsministers Kassi sind. Sie wird von einem Europäer aus Tanger begleitet. Die Herren sollen sich nach London und Berlin begeben und dort die Anerkennung Muley Hafids als Sultan von Marokko zu erlangen suchen. Außerdem soll die Gesandtschaft die Mächte bitten, durch freundschaftliche Verwendung bei Frankreich dafür zu sorgen, daß die Feindseligkeiten eingestellt werden. Die Gesandtschaft wird auch Madrid und Paris besuchen, um direkte Verhandlungen anzuknüpfen. Die Marokkaner haben sich auf dem englischen Dampfer „Penhurl“ eingeschifft und dürften inzwischen in Gibraltar eingetroffen sein.

Badische Politik.

Zur Frage der Arbeitskammern.

Man schreibt uns:

Durch mehrere Blätter geht die Nachricht, zur Frage der Arbeitskammern habe der Allgemeine Fabrikanten-Verein ein Ansuchen an das Ministerium des Innern um Stellung genommen. Es wäre interessant zu erfahren, an welchen Ansuchen. Ueber das Sachverhalt wird berichtet:

Darin wird das Verlangen der Arbeiter nach einer Vertretung ihrer Interessen durch eine leitende des Staates geschaffene Kammer (Arbeitskammer) grundsätzlich als berechtigt anerkannt, jedoch solle an die Errichtung von Arbeitskammern erst dann getreten werden, wenn die Berufsorganisationen der Arbeiter, in auch die Organisationen der Arbeitgeber, weiter erstarkt sind, und wenn letztere sich von der sozialdemokratischen Bewegung unabhängig gemacht haben. Bis dahin solle auch auf alle Fälle ein allgemeines direktes Wahlsystem abgesehen werden, da sonst die Gefahr zum Zusammenstoß parteipolitischer Leidenschaften gemacht und die Arbeitskammern selbst wieder ganz der politischen Agitation von Seiten der Sozialdemokraten anheimzufallen würden. Bei dem derzeitigen Stand der Dinge hält es der Fabrikantenverein für das Beste, wenn man die Lösung dieser Frage solange verschoben würde, bis die Verhältnisse dazu reifer geworden sind. Sollte aber schon heute etwas geschehen, so sei der Zweck einer Milderung und Ausdehnung der sozialen Gesetze, aber durch parteipolitische Arbeitskammern zu erreichen. Obwohl die Hoffnungen des Fabrikantenvereins nach dieser Richtung noch geringe sind, der Aufsatz solle auf der Grundlage von Berufsorganisationen (Verufsgenossenschaften) erfolgen, und die Kosten zum Teil von den Arbeitgebern, zum Teil von den Arbeitern, zum Teil von dem Reich oder dem Einzelstaat getragen werden.

Bekanntlich steht die deutsche Industrie der Errichtung von Arbeitskammern ablehnend gegenüber.

Koloniales.

Der Deutschkoloniale Frauenbund.

Plant in Westmanhood die Errichtung einer Anstalt für zehn lässige Dienstmädchen. Ehe sie die freie Welt anreisen, haben sie sich in einer ansehnlichen Haushaltungsschule in einer Stadt prüfen zu lassen, ob sie den wirtschaftlichen Ansprüchen für die Kolonie genügen. Sie haben vorher einen Gesundheits- und ein polizeiliches Führungszeugnis an den Deutschkolonialen Frauenbund einzufenden, welcher daraufhin die Prüfung beantragt. Um dies erste Anhalt für die arbeitenden Frauen in den Kolonien zu errichten, sind die Frauen ihrer häuslichen Hissen holen sollen, ist vor allem ein Kapital erforderlich. Der Frauenbund bildet im Beitritt von Mitgliedern, welche für den großen Zweck — Deutschkoloniale Frauen in den Kolonien anzusiedeln — werden wollen. Dazu braucht er großes Interesse und Geld. In Westmanhood geschied, dann soll in der Nähe von Binduh eine schöne Heimstätte auch für die geistliche Heimischen. Gedächtnisse werden erleben an die Bankstelle des Deutschkolonialen Frauenbundes, Nummer...

len. Am Treppengeländer ist eine sinnreiche Vorrichtung angebracht worden, die es verhindert, daß die Kinder auf dem Treppengeländer hinunterstürzen und durch Sturz verunglücken. Alle Räume und Wohnungen des Gebäudes sind mit elektrischer Beleuchtung versehen.

Beiträge zur Frauenfrage.

Auskunftsstelle für Frauenberufe.

L. 12, 13 3. Etod.

Sprechstunde: Mittwoch von 10-11.

Der Ochs-Zehringische Lehrerinvereins.

wird nächsten Samstag, 25. April, in Strassburg seine diesjährige Hauptversammlung abhalten. Die Verhandlungen, zu denen auch Götze Zutritt haben, beginnen morgens 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen Fragen, die für die Mädchenbildung, wie für die berufliche Förderung der Lehrerinnen von großer Bedeutung sind. Es wird verhandelt werden über die Mädchenfortbildungsschule, über die Lehrerin im Ostschulbuchhand, über Lehrerinbildung und Weiterbildung.

Die Resultate des Frauenstimmrechts in Australien.

Nach der internationalen Zeitschrift „Les documents du Congrès“ hat die Zulassung der Frauen zur Wahlurne in Australien keine fühlbare Veränderung in der Lage der Parteien gebracht. Die Stimmen der Frauen verteilen sich unter die verschiedenen Parteien in demselben Verhältnis wie die der Männer. Dagegen hat das Frauenwahlrecht in einer anderen Richtung Neues geschaffen. Es hat die antialkoholische Gesetzgebung hervorgerufen und in moralischer Hinsicht die Zusammenfassung der verschiedenen repräsentativen Bewegungen gebildet. Die Frauen hatten in der Tat viel mehr als die Männer auf moralische Eigenschaften der Kandidaten, sowohl auf Bezug auf ihr Verhalten im öffentlichen Leben wie auf gute Charakter im Privatleben. In Neuseeland gab das Gesetz „Local Option“ den Frauen Gelegenheit, ihre Energie zu zeigen. Kraft dieses Gesetzes kann in jedem Distrikt und in jeder Stadt eine Majorität aus drei Fünftel der ganzen Bevölkerung, Männer und Frauen, die Schließung aller Alkoholbrennen für eine Dauer von fünf Jahren durchzuführen. In ganz Neuseeland haben sich die Frauen nun dieser Waffe gegen den Alkoholismus bedient, dessen verhängnisvolle Folgen für das Familienleben sie nur zu gut kannten. Sie schloßen sich überall zusammen, um den öffentlichen Verkauf von Alkohol zu verhindern.

Depositionen, Depositionen, Berlin W. 9, Potsdamerstraße 1: ...

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 24. April 1908.

Verleidungsprozess Christmann contra Ged.

Vor dem hiesigen Schöffengericht wurde heute eine Privatverleidungsfrage des Karlsruher Vertreters des Mannheimer General-Anzeigers, Redakteur Christmann gegen den politischen Redakteur der Volkstimme, Oskar Ged verhandelt.

Der Vorsitzende wagt vor Eintritt in die Verhandlung einen Vergleichsvorschlag, der von dem Beklagten nach Rücksprache mit seinem Verteidiger abgelehnt wird.

Es wird infolgedessen in die Verhandlung eingetreten und zunächst die Personalien des Beklagten festgestellt. Nach dem hierauf erfolgten Eröffnungsbeschluss ist der Beklagte beauftragt, als verantwortlicher Redakteur der Volkstimme den Kläger in vier selbständigen Heftungen beleidigt zu haben.

Verlesung der inkriminierten Artikel.

Die Veranlassung zu der Erhebung der Verleidungsfrage gab eine Presstheorie, die durch folgenden Artikel des Mannheimer General-Anzeigers im Abendblatt vom 24. Juni 1907 unter der Rubrik 'Nationalistische Politik' mit der Epigramme 'Note Radikaler' eingeleitet wurde:

Ludwigshafen, 24. Juni. Man schreibt uns: Mit beispiellosen Redaktionen und unerhörten Vergewaltigungen haben die hiesigen Sozialdemokraten unter dem beschriebenen Befehl der Herren Reichstags- und Landtagsabgeordneten Ehrhart, Winter, der Sozialistenführer Huber, Kleefoot, Köhler und Probst die Versammlung...

Diesem Artikel folgten im Mittagsblatt des Mannheimer General-Anzeigers vom 25. Juni 1907 folgende ergänzende Anmerkungen unter der gleichen Rubrik mit der Epigramme: 'Vom kleineren Uebel':

Ludwigshafen, 24. Juni. Neben die unwürdigen Szenen, zu denen es am Samstag im Höpferischen Saale infolge des schändlichen Verhaltens der Sozialdemokraten unter Leitung ihres 'revolutionären' Oberkammerherrn gekommen ist, wird in Ludwigshafener Blättern auch ausführlicher berichtet. Nach diesen tragen wir folgendes nach: Kaum hatte der Vorsitzende des liberalen Arbeitervereins, Strindberg, das Podium betreten und einige Worte der Begrüßung an die Versammlung gerichtet, als Redakteur Kleefoot von der Tribüne...

berufen glauben. Eine Nichtbeteiligung Böhlers, Huber habe in Karlsruhe 25 Minuten gesprochen, wurde niedergebrellt, schließlich führten die Genossen, der Ehrhart-Proletariat Dr. Kochly voran, das Podium, rissen die Liberalen herunter und benahmen sich so egoistisch, daß jeden Augenblick der Beginn einer großen Schlägerei erwartet werden konnte. Unter diesen Umständen konnten die Liberalen natürlich nichts tun, als den Saal zu verlassen - die Genossen hatten ihre Absicht erreicht - die Versammlung war gesprengt. Dann begann eine sozialdemokratische Versammlung. Der 'Bourgeois' Huber nannte Johannisten Reichold ein 'Blodomann', einen Jellenskindler, der für 4 Bld. die Stelle für die 'Bildg. Br.' übernehme, ein Zeichen, wie schlecht er an der Wahlbahn bezahlt sei. Genosse Wegener spottete, die Versammlung habe nun gesehen, wie ein Schulmeister aussähe, wenn er krank ist, werte über die gelben Gewerkschaften, die 'Goldgrube des Kapitalismus', 'Gel. die nichts verstehen' oder 'gemeine Patrioten' wären. Wer einem liberalen Referenten glaube, sei ein 'armtümlicher Teufel'. Nach der Affenschlamp fuhren heulen! Die Liberalen bezeichnete er als 'saubere Sippigkeit'. Mit Leuten solchen Schloßes, wie diese pfälzischen 'Revolutionen', mache man aber aber dem Rhein auf badischer Seite politische Geschäfte. Das mag ja den Übermut der roten Terroristen ins Ungemessene steigern. D. A.)

Die in Karlsruhe erscheinende 'Badische Landeszeitung' übernahm diesen zweiten Artikel und fügte dazu mehrere Bemerkungen, die sich gegen die Auffassung zeigten, daß durch die Vorgänge in Ludwigshafen die badische Staatspolitik irgendwie tangiert werden könnte.

In der 'Volkstimme' erschien auf die oben wiedergegebenen beiden Artikel in der Nummer vom 27. Juni v. J. folgende Antwort:

Liberaler Preßverleumdung.

Der Mannheimer 'General-Anzeiger' führt fort, die frechen Verleumdungen unserer Ludwigshafener Parteigenossen durch die vom Wahlbürochalliditium befehlene Volkshörigarde gegen die Sozialdemokratie anzuschlagen. Gestern knüpfte er an einen bodenlos gemeinen und von lächerlichen Entstellungen geradezu strahlenden Bericht über die Sozialdemokratie an dem Moment die Bemerkung:

Mit Leuten solchen Schloßes, wie diese pfälzischen Revolutionen mache man aber dem Rhein auf badischer Seite politische Geschäfte. Das mag ja den Übermut der roten Terroristen ins Ungemessene steigern.

Die 'Karlsruher Landeszeitung' weist diese nichtsnahige Tendenz dieser liberalen Preßverleumdung, durch Verleumdung der Sozialdemokratie Stimmung für den Anschlag der Nationalliberalen an die Konventionen zu machen, schon von sich aus zurück, und wie haben nach dieser Richtung hin ihren Worten nichts hinzuzufügen. Was uns zu einem näheren Eingehen auf die neueste Schandleistung des Herrn Georg Christmann zwingt, das ist die Tatsache, daß dieser antisozialistische Verleumdungsfeldzug zu Ruh und Träumen der sozialistischen Reaktion von einem Herrn unternommen wird, der noch vor 1 1/2 Jahren als schärfster Gegner der Ammon'schen Rechtschwenkung galt und dem selbst der am weitesten linksstehenden Liberalen noch nicht radikal genug war.

Die von Herrn Christmann so schändlich von oben herab behandelten Vertreter der Karlsruher liberalen Presse würden sich über manchen Streich Christmanns wehnen wandern, wenn sie die Auffassung kennen würden, die dieser Herr vor noch nicht allzu langer Zeit einigen politischen Gegnern gegenüber gelegentlich einmal über seine parteipolitischen Pläne äußerte. Wer es so wenig ehrlich und ernst mit seiner eigenen Partei meint, wie es jene Äußerung verrät, und wer dergeachtet von einem parteipolitischen Exzentrismus ins andere fallen kann, der darf sich nicht wundern, wenn man seiner Persönlichkeit kein Gewicht beimißt und wenn man ihm das Recht abspricht, über das Gebotene anders denkender sich zum Richter aufzuwerfen. Nach unserem Dafürhalten hätte Herr Christmann allen Anlaß, seinen liberalen Preßkollegen, wie auch dem politischen Gegner gegenüber recht behutsam anzutreten, damit nicht einmal einer in die Rahmenlosigkeit verlegt wird, von den angebotenen Dingen den Schleier des Geheimnisses zu heben. Herr Christmann wird uns sicher betören und sich auch darauf richten.

Als der Kläger noch am gleichen Tage die 'Volkstimme' anforderte, mit der Sprache herauszurücken, antwortete die 'Volkstimme' in der Nummer vom 28. Juni wie folgt:

Herr Georg Christmann

Der derzeitige J. V. Politische des Mannheimer General-Anzeigers richtet an das Ansehensgefühl des Volkstimmes den Appell, sie möge der Öffentlichkeit die Kenntnis von seinen unehrlichen parteipolitischen Plänen nicht vorenthalten. Dem Wunsche kann entsprochen werden. Wir stellen zu diesem Zwecke als unauflösbare, durch mehrere Zeugen beweisbare Tatsachen das folgende fest:

Während der letzten Landtagssession 1905-06 wurde den Nationalliberalen der Witzlingen Richtung wegen ihrer Haltung in der Tarifreformfrage von den Karlsruher Jungen bekanntlich hart angegriffen und besonders Herr Georg Christmann war es, der den Ammon'schen Scheinliberalismus heftig bekämpfte. In einem öffentlichen Briefwechsel Karlsrubes äußerte er sich damals in Gegenwart Dritter einem demokratischen Abgeordneten gegenüber dahin, er wolle die jungliberalen Hühner ins demokratische Lager hinführen und hoffe von dieser Seite auf Entgegenkommen. Eine Antwort wurde Herrn Georg Christmann von dem demokratischen Abgeordneten auf diese seltsame Proposition begrifflich nicht zuteil; der Herr schwieg diesem und machte sich über Herrn Georg Christmann seinen Teil gebüßt. Heute bekämpft der Herr Georg Christmann den liberal-sozialistischen Großblöck und befürwortet mit Ammon den Anschlag der Liberalen nach rechts.

Im 'Mannheimer General-Anzeiger' wurde daraufhin vom Privatkläger, der während dieser Polemik den politischen Redakteur vertrat, gemeldet, daß es sich um ein Scherzstück handele und daß er der 'Volkstimme' vor Gericht Gelegenheit geben werde, den Wahrheitsbeweis schuldig zu bleiben.

Am 29. Juni erschien dann in der 'Volkstimme' der dritte inkriminierte Artikel, in dem es heißt:

Si fecisti nega!

Ich leugne alles und erwarte den Gegenbeweis, denkt Herr Christmann und erklärt den von uns genannten Nachweis seiner unehrlichen parteipolitischen Pläne für eine plumpe Erfindung, gegen die er sich vor Gericht schützen werde. Wie man sieht, macht die Redlichkeit des Hängevetters Schule. ... Durch die Verleidungsfrage, die Herr Georg Christmann gegen uns angestrengt zu wollen vorgeht, geht es zu, daß die von uns wider ihn erhobenen Beschuldigungen geeignet sind, ihn verdächtig zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabwürdigend. (Paragr. 186 R.St.G.B.) Wir stellen dies

schon jetzt fest, damit Herr Georg Christmann nicht hinterher, wenn wir den Wahrheitsbeweis für unsere Behauptungen erbracht haben, mit der Ausflucht kommt, eigentlich sei das was wir ihm vorwarfen, ja garnicht so schlimm und werfe auf seine politische Tätigkeit keinen Schatten.

Am 28. November 1907 erschien in der Volkstimme der vierte und letzte Artikel mit der Epigramme 'Presstimmen zu den Kommervorstandswahlen', der u. a. folgende Ausführungen enthielt:

Es ist eine geradezu unerhörte Erhebung, daß im gegenwärtigen wichtigen und entscheidungschweren Momente des Vorkampfes der nationalliberalen Partei der größten Stadt des Landes, der Mannheimer 'General-Anzeiger', einem Mitglied der Führung überläßt, der sich heute, nach bald einem Jahr, von dem öffentlichen Vorwurf parteiverräterischen Treibens noch nicht gereinigt hat. Im selben Augenblick, wo in der nationalliberalen Landtagsfraktion die ältesten und erfahrensten Politiker sich in den schärfsten Ausdrücken gegen die Quertreue dieses jungen Herrn ergehen, greift dieser zur Feder, um der Parteileitung neue schwere Verlegenheiten zu bereiten und die ganze Partei und ihre Taktik aufs schändlichste bloßzustellen.

Etwas Tolleres an verantwortungsloser Privatität, Aufwand mit widerwärtigster Unklarheit, ist im politischen Meinungskampf wohl kaum einmal beigegeben als das, was das 'eigene Karlsruher Bureau des 'Gen.-Anz.', vertreten in der Person des Herrn Georg Christmann, gestern Abend über die Kommervorstandswahlen verappte. Derselbe Herr, der im Oktober 1905 dem Zusammengehen der Liberalen mit der Sozialdemokratie am lautesten das Wort redete und nach seinem eigenen Ausdruck nur deshalb in der nationalliberalen Partei verblieb, um ihre linksstehenden Elemente zu den Demokraten hinüberzuziehen, - dieser selbe Herr empfindet jetzt seiner Partei, aber auch jede Beziehung zur Sozialdemokratie abzubrechen. Und er ist der Ansicht, daß nicht nur die Sozialdemokraten - dieselben Sozialdemokraten, mit denen er nicht das geringste zu tun haben will - sich tief unter das nationalliberale Joch hätten beugen und sich die Person ihres Abgeordnetenscheidungskandidaten von ihnen hätten vorführen lassen sollen, sondern daß auch die Konventionen die Pflicht hätten, sich ihrer Verantwortung voll bewußt zu sein und dem Liberalen ihre Stimme zu geben. Im selben Atemzug brüskiert das Herrchen aber die konventionelle Partei aufs schändlichste, indem es ihr schamlos ein diplomatisches Geschick und die 'politische Veranschaulichung' abspricht, hochmütig eine durchgreifende Reform ihrer Partei verlangt und sie als 'Zentrumsirabanten' beschimpft. Wir wissen nicht, inwiefern in erst zu nehmenden nationalliberalen Kreisen ein Zusammenwirken mit der konventionellen Partei in Betracht gezogen wird; Rängeln-Leistungen von der des Herrn Ch. aber sind sicher dem angetan, alle derartigen Pläne der Parteileitung von vornherein zu durchkreuzen und die Konventionen immer dem Zentrum zuzutreiben. Man verleiht von einer Partei, die ernst genommen werden will, daß sie ihre Presse in Acht hält und darin nicht Mißereien duldet, die nach allen Seiten hin verlegen müssen.

In dieselbe Kategorie jugendlicher Entlassungen gehören die Schmalzeiherien, die Herr Ch. an den Demokraten verliert. Sie hätten sich, meint er, selbst widersprochen, da sie, entgegen dem Wunsche des Herrn Ch., bei der Wahl des zweiten Vice dem Abg. Ged ihre Stimmen gaben; und die Liberale Vereinnung bestrebe deshalb nicht mehr. Dabei unterschätzt der Herr die Tatsache, daß die Demokraten sowohl in der 'Frankf. St.' wie in der 'Neuen Bad. Landeszeitung' von vornherein kundgaben, daß die nationalliberalerlei vorzuziehene Gründe für die Nichtwiederwahl Ged's ihnen nicht genügend erschienen und sie nach wie vor bei der Anerkennung des sozialistischen Anspruchs beharren würden. Man sieht daraus, wie wenig maßvoller Selbstüberhebung und nichtschöner Unbeherrschtheit Herr Georg Christmann die Unterordnung aber auch aller Parteien unter seine eigenen Wünsche verlangt. Und das alles, obwohl er, wie erwähnt, den Nachweis der eigenen politischen Ehrlichkeit und Zuverlässigkeit erst noch zu erbringen hat.

Was der junge Herr über die Sozialdemokratie zusammenfaßt, und wie er ihre Unterordnung unter den Willen der Nationalliberalen und die Hergabe ihrer Stimmen für diese im selben Atemzug fordert, indem er erklärt, seine Partei müsse 'aber auch jede Beziehung zu ihr abbrechen', das kann lediglich noch den Psychologen interessieren. Wer aber nicht den Anspruch auf ernste Beachtung erheben. So viel aber steht fest: es ist ein Skandal für die nat.-lib. Partei, daß Leute von der Sorte Christmann in ihr eine führende Rolle spielen können. Menschen, denen jede andere politische Vereinigung längere den Stuhl vor die Tür gesetzt hätte. Wie der Herr, so das Herrchen - wie die Presse, so die Partei. Und wenn die derzeitige Leitung der badischen Nationalliberalen, anstatt noch einem gangbaren Anstöße aus ihrer bekränkten Lage zu suchen, junge Leute des grobe Wort führen läßt, die in ihrer maßlosen Selbstüberhebung das Ansehen ihrer Partei bringen, es mit allen zu verderben, - wohlen, uns laßt recht sein. Wen die Götter orderten wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Der Privatkläger Ged

macht hierauf zur Klage folgende Ausführungen: Bei der ganzen Polemik gegen Herrn Christmann lag mir jedes persönliche Moment fern. Die Situation war folgende: In Baden hatten wir im Jahre 1905 eine intensive Verbindung mit den Liberalen und auch im Laufe der folgenden Jahre wurde beiderseits eine Rücksicht infolge genommen, daß man es vermeiden sollte, ohne Not gegen einander zu polemisieren. Herr Christmann gehörte damals (1905) zu den Anhängern der Stichwortpolitik, er gehörte zum linken Flügel der liberalen Partei und entfaltete seine Tätigkeit dahin, die Jungliberalen nach links zu ziehen. Bislich trat eine Wendung ein. Herr Christmann ging in klarer Weise gegen unsere Partei vor, stellte alte, bewährte Parteiführer als Radikaler hin. Nun kam unser Parteitag in Mannheim. Da brachte der 'General-Anzeiger' verschiedene Artikel, die von Gehässigkeiten gegen uns handelten. Nach Verlesung einiger solcher Artikel trat der Beklagte fort: Wie behandeln in unserer Partei die Stichwortpolitik sehr streng und lassen uns nicht unterstellen, wir würden uns mit dieser Sache nicht beschäftigen. Herr Christmann hat unsere Parteiverhandlungen angeordnet und das Gehörte in seinen Schmäherlein in größter Weise mißhandelt. Wir besprochen uns, ob wir ihn noch weiter bei uns dulden wollten, aber der Parteitag legte sich über die Sache hinweg.

Mitte des vorigen Jahres wurde Herr Christmann als Vertreter des Herrn Dr. Goldmann nach Mannheim geschickt. Damals hat er wieder solche Artikel geschrieben. Inzwischen hatte ich die Mitteilung erhalten, daß Herr Christmann in Karlsruhe einen Demokraten gegenüber geäußert, er gehöre innerlich nicht zu den Nationalliberalen, er bleibe nur deshalb bei ihnen, um die Jungliberalen zu den Demokraten hinüberzuziehen. Nach der Ludwigshafener Anpöbelung war der Zeitpunkt zum Angriff gekommen. Ich

man aber nicht die einzigen, die gegen Christmann vorgehen. Ich werde einzelne Artikel aus der „Badischen Landeszeitung“, wo ich nicht mehr ist, er habe einen Artikel gegen die badische Staatspolitik in der politischen Gegner Schöfer ausgedrückt, damit dieser in der Presse gegen die nationalliberale Partei unter Verwendung seines Namens vorgehe. Es liegt hier ein Verstoß an einer Partei vor, der zu den schlimmsten gehört. Herr Christmann hat aber nicht den geringsten Versuch gemacht, diesen schweren Vorwurf von sich abzuwälzen. Ebenso hat sich auch die „Straßburger Post“ mit ihm beschäftigt. In beiden Blättern wurde ihm das Zeugnis ausgestellt, daß er ein unzuverlässiger Kunde ist. Man hat dem Herrn den Ratweid gegeben, daß er außerdem noch öfter der Vertreter seiner Partei geworden ist. Er hat dann eine Verteidigung gebracht, die nur ein Bekenntnis auslief, und dann hat er in der Zeitung wieder geäußert, als ob nichts geschehen wäre.

Auf Grund all dessen habe ich meine Polemik begonnen. Das Gespräch mit dem Abgeordneten Vogel beruht auf Laune und Herr Christmann soll mir nachweisen, daß die Behauptung über seine Ausrufung eine „plumpe Erfindung“ sei. Wenn ich in meinen Ausstellungen etwas zu weit gegangen bin, so ist das auf meine Erregung zurückzuführen, die jedem Politiker in solchem Falle bevorzugen. Wenn jemand seine eigene Partei so behandelt, Herr Christmann hätte in seiner Haltung vorzüglicher sein sollen. Wer mit Launen zu unvorsichtig, hat keinen Anspruch darauf, unabhängig behandelt zu werden.

Kläger Rebalter Christmann

Ich habe die Klage gegen den Kollegen Ged schwerer Dergens erhoben, weil ich es nicht für gut halte, Kollegen zu verklagen. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß derartige Dinge eigentlich nicht vor das Forum des Richters gezogen werden sollten. Jedoch die Kollegialität, die sich in diesem Verfahren auspricht, darf keine einseitige sein. Sie muß auch von der Gegenseite hochgehalten werden und ich kann leider dem Kollegen Ged den Vorwurf nicht eripieren, daß er gegen die Kollegialität hier in geradezu unqualifizierbarer Weise gefehlt hat. Es ist nicht richtig, wenn der Kollege Ged ausgeführt hat, daß er erst aufgrund der Stimmungsänderung, die ich über die sozialdemokratische Parteiführung gebracht habe, wie später aufgrund der Zuschriften dazu gekommen sei, mich einmal scharf darzustellen zu müssen. Solange ich im „Generalanzeiger“ überhaupt aufgetreten bin, ist die „Vollstimmte“ in einer geradezu unqualifizierbaren Weise über mich hergefallen. Seit dem Jahre 1907 bis zum Jahre 1907 ist eine fortgesetzte Reihe von Beschuldigungen an verfolgte, für die mir jedes Verständnis fehlt und die ich mir nur daraus erklären kann, daß ich konsequent den Standpunkt vertreten habe. Mit der Sozialdemokratie kein Bündnis! Es hat eine Zeit gegeben, wo auch ich auf einem anderen Standpunkt gestanden habe. Das ist vor dem Parteitag in Dresden gewesen und auch in den „Jungliberalen Blättern“ im März 1907 dargestellt worden. Darüber lasse ich keinen Zweifel auf, daß ich diese falsche Beurteilung früher von der Sozialdemokratie auch gehabt habe. Schon im Jahre 1903 hat die „Vollstimmte“ mich anlässlich der Gründung des Schwelinger Jungliberalen Vereins ordentlich beschuldigt. Auch im Jahre 1905 ist während meiner Tätigkeit in der Pfalz die „Vollstimmte“ wegen meiner Stellung zur Sozialdemokratie äußerst scharf gegen mich vorgegangen. Ich behaupte heute noch, in so scharfer Weise gegen die Sozialdemokratie vorgegangen zu sein, wie das seinerzeit in Mannheim a. D. der Fall gewesen ist. Aber wenn ich mich in diesen Verurteilungen durchgegangen habe, dann sollte auch die Sozialdemokratie zeigen, daß ich durchaus lehal behandelt habe. Ich weiß nicht, warum sich Herr Kollege Ged über meine Stimmungsänderung über den sozialdemokratischen Parteitag so aufgeregt hat. Es ist doch eigentlich eine gerichtsunwürdige Tatsache, daß die Sozialdemokratie stets über die bürgerlichen Parteien hergefallen ist. Ich will nur daran erinnern, daß 1903 die „Vollstimmte“ wegen der Jolltarifdebatte gegen den Parteisekretär Baffermann in einer — ich kann nicht anders sagen — in einer geradezu händelgemäßen Weise vorgegangen ist. (Vorf.: Ich bitte diesen Ausdruck nicht zu gebrauchen. Wir wollen die Sache etwas ruhiger behandeln.) Die Ausdrücke, die ich in den Stimmungsänderungen über den sozialdemokratischen Parteitag gebraucht habe, stammen nicht von mir, sondern sind vorher in sozialdemokratischen Schriften gedruckt worden. Ich glaube, darüber braucht man sich nicht mehr anzulegen, vor allem deswegen nicht, weil die Sache historisch geklärt ist. Der Herr Kollege Ged hat es verstanden, diese Stimmungsänderungen in überaus scharfer Weise zurückzuweisen. Er schrieb damals: Ein Vorkämpfer der stimmlichen Sorte lobet im „Mannheimer Generalanzeiger“ seinen Schmutz ab. (Bellagter: Das habe ich nicht geschrieben.) Verzeihung, die „Vollstimmte“ hat das geschrieben. Ich bitte damals schon gegen die „Vollstimmte“ gesagt, wenn ich jemals hätte, ich würde den Richtigen treffen. Der Kollege Ged hat die Behauptung vertreten, ich sei noch im Oktober 1905 ein führender Anhänger des Stichwahlbündnisses gewesen. Ich behaupte, daß der Herr Kollege keine Beweise dafür beigebraucht hat. Solange er diese Behauptung nicht beibringen kann, muß ich sagen, daß diese Behauptung unwahr ist. Ich bin bereit, den Beweis dafür anzutreten, daß ich schon 1903 auf einem anderen Standpunkt gestanden habe, als die Partei. Es liegen in dieser Beziehung eine ganze Reihe von Ausrufungen der „Vollstimmte“ vor. Nebenbei bemerke ich, daß ich 1905 überhaupt nicht politisch tätig gewesen bin. Nun wird von der Gegenseite weiter ein Vorkommnis zur Sprache gebracht, von welchem in Nr. 306 der „Badischen Landeszeitung“, welche eigentlich die Verantwortung des Herrn ist, daß die Parteileitung gegen mich in so scharfer Weise vorgegangen ist, die Rede ist. Es wurde gesagt, ich hätte dem Abg. Schöfer Material geliefert. Ich weiß nicht, ob der Kollege Ged den „Mannheimer Generalanzeiger“ lieh. Wenn er ihn nicht lieh, dann würde ich ihn erziehen, solche Behauptungen nicht hinzubringen. Wenn er ihn lieh, halte ich es für sehr leichtfertig, wenn er mir vorwirft, daß ich mich nicht gegen die „Badische Landeszeitung“ gewandt hätte. Das Gegenteil ist der Fall. Ich hatte die fortwährenden unrichtigen Behauptungen der „Bad. Landeszeitung“ gründlich fort und wandte mich deshalb wegen Einleitung der Privatklage gegen den Parteisekretär Heinz, der damals verantwortl. zeichnete, am 1. Oktober 1907 an das Städtische Gericht. Daraufhin gab Parteisekretär Heinz in Nr. 470 des „Mannheimer Generalanzeiger“ vom 11. Oktober 1907 folgende Erklärung ab:

Die in einem gegen die „Deutsche Zeitung“ polemischen Artikel der „Bad. Landeszeitung“ Nr. 305 an Herrn Rebalter G. Christmann geübte Kritik beruht, wie bereits in Nr. 393 desselben Blattes festgestellt wurde, auf unrichtiger Voraussetzung. Wir nehmen deshalb die in erwähneter Nr. ausgesprochenen Unterstellungen mit dem Ausdruck lebhaftesten Bedauerns zurück. Karlsruhe, im Oktober 1907. Generalsekretär H. Heinz.

Der Artikel, der in der Deutschen Zeitung erschienen ist, stammt überhaupt nicht von mir. Er ist vom Kollegen Kammann in Karlsruhe geschrieben worden. Was das Vorkommnis im Restaurant Knapp in Karlsruhe am 11. Juni 1907 betrifft, so muß ich offen gestehen, daß ich mich daran trotz meines guten Gedächtnisses nicht mehr erinnern kann. Aber noch den Zeugen-

ausfagen bestreite ich gänzlich, daß ich in dieser Richtung irgend welche Bemerkungen gemacht habe. Es wird der Vorfall wohl so liegen, daß in den Landtagsverhandlungen an dem betr. Tage, einem Montage, wenig wichtige Dinge vorgekommen sind. In solchen Fällen kommt es oft vor, daß die Journalisten die Tribüne verlassen, um sich in einer Restauration zu stärken. Bei einer solchen Gelegenheit werde ich jedenfalls mit dem Abg. Vogel zusammengefallen und mit ihm über die Tarifreform gesprochen haben. Am 2. Juni hatte ich ja noch im Auftrage der Jungliberalen gegen die von der Partei eingenommene Haltung gesprochen. Ich gebe offen zu, daß ich i. H. mich gegen die Partei gestellt habe und erkläre offen, daß mich diese Stellungnahme heute noch nicht gereut, denn wenn heute diese Frage wieder akut wäre, würde ich mich ebenso gegen die Partei stellen. Ich bin Mitglied der Nationalliberalen und Jungliberalen Partei und glaube deswegen das Recht zu haben, in sachlicher Weise den gegenteiligen Standpunkt zu vertreten. In der verärgerten Stimmung nach jener Versammlung vom 2. Juni mag ich tatsächlich wohl im Restaurant Knapp eine Ausrufung gebraucht haben, die ähnlich gewesen ist, wie sie der Abg. Vogel deponiert hat. Ich werde also wohl gesagt haben: Wenn Ihr Demokraten gefeierter wäret, dann wüßte es Euch gelingen, die Jungliberalen, welche heute gegen die Tarifreform sich aussprechen, zu Euch herüberzuziehen. Ich kann auch gesagt haben: Bei der Haltung der Partei wäre es leicht möglich, daß so und so viele Jungliberale hinübergingen in das andere Lager. Es ist das eine Ausrufung, welche eigentlich ganz harmlos ist und schon oft getan wurde. Ich erinnere nur an die preussische Schulfrage und die Finanzreform. Daß seinerzeit die Jungliberalen verärgert gewesen sind, daß Stimmung in jungliberalen Kreisen vorhanden war, von der Partei abzurufen, ist erweislich. Die „Badische Landeszeitung“ dat am 29. Juni eine Notiz gebracht, in welcher gesagt wurde, daß Gerüchte in nationalliberalen Parteikreisen gingen, daß Parteianghörige wegen der Haltung der Partei in der Tarifreformfrage aus der Partei auszutreten würden. Nun steht die Notiz des Abg. Vogel in Widerspruch mit derjenigen des Abg. Sühling. Der Abg. Sühling sagt seine Angaben — (Der Vorsitzende macht den Kläger darauf aufmerksam, daß die Aussagen des Abg. Sühling noch zu verlesen sind.) In der Zeit, als noch die Tarifreform im Vordergrund des Interesses stand, habe ich mich schon in einer privaten Unterredung mit dem damals noch in Köln wohnenden Generalsekretär Zimmermann gegen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ausgesprochen. Daß die damals schon für die „Jungliberalen Blätter“ in Aussicht gestellten Artikel, die ich ebenfalls gegen das Stichwahlbündnis ausgesprochen sollten, erst im März 1907 erschienen sind, hing von einer Reihe von Gründen ab.

Verlesung der Aussagen der protokolllarisch vernommenen Zeugen. Am 13. Februar k. J. wurden die Landtagsabg. Vogel, Heimburger, Sühling und Dr. Ding kommissarisch vernommen. Der Vorsitzende läßt die Aussagen durch den Gerichtsreiber verlesen.

Landtagsabg. Vogel
deponierte: Es war im Sommer 1906, als ich einmal nachmittags, ob an einem Montag, weiß ich jetzt nicht mehr, in die Restauration Knapp kam und mich an einen Tisch setzte; es war um die Wespertag. In den Stimmungen wurde damals gerade über die Tarifreform verhandelt. Herr Sühling lag ebenfalls an meinem Tisch und wir sprachen über die damaligen Debatten. Nachher kam der Privatkläger und nahm ebenfalls Platz, aber an einem anderen Tisch ziemlich unmittelbar neben uns. Er beteiligte sich an unserem Gespräch, er äußerte sich in dem Sinne, daß er die Stellungnahme der natl. Führer in dieser Frage nicht teile, und daß diese Stellungnahme auch sonst im Kreise der Jungliberalen Unzufriedenheit erregt habe. Im Verlaufe dieses Gesprächs äußerte er sich dem Sinne nach: Wenn die demokratische Partei es verstände, die Situation auszunutzen, so könnte sie einen Teil der Jungliberalen zu sich hinüberziehen. Aus der Art wie die Ausrufung fiel, folgte ich sie als Aufforderung auf und entgegnete, es wäre nicht fair von uns, wenn wir es täten, da wir mit jener Partei verbündet seien. Dagegen hielt ich für angebracht, wenn er selbst diese Gelegenheit benütze, dahin zu wirken, daß die ganze Partei in ihrer Stellungnahme nach links komme. Er erklärte, er hielte das auch für am besten. Den Wortlaut des Gesprächs habe ich bei der Länge der Zeit nicht mehr im Gedächtnis, wohl aber den Sinn. Ich fuhr am gleichen Abend noch mit Sühling nach Hause und hierbei kamen wir auf den Vorfall zurück, ein von uns beiden äußerte sich in dem Sinne, daß der Privatkläger doch recht unvorsichtig gewesen sei. Ich bemerkte dazu aber, daß man auf derartige Gespräche nicht viel geben könne, man solle die Sache beruhen lassen. Es fällt mir nun ferner ein, daß ich es selbst war, welcher die Ausrufung des Privatklägers als unvorsichtig hingestellt hat. Ich nahm an, daß der Privatkläger die Ausrufung in verärgelter Stimmung über die Stellungnahme seiner Fraktionsgenossen tat, wie damals überhaupt unter den Jungliberalen eine solche Stimmung geherrscht hat. Somit konnte ich mit nicht erklären, wie er in Anwesenheit des Herrn Sühling, also eines pol. Gegners, sich so geäußert haben soll. Als ich nun im letzten Sommer in dem „M. G. A.“ anlässlich der hier fraglichen Preßdebatte, daß der Privatkläger gegen die „Vollstimmte“ Kagen werde, kam mit jener Partei wieder ins Gedächtnis, und ich habe einige Tage darauf dem Abg. Obfröder mitgeteilt, er möge den Privatkläger wissen lassen, daß ich etwas von ihm wisse, was ihm schaden könne, wenn ich es als Zeuge auslegen müße und daß, wenn ich über den Vorgang als Zeuge gebärt werden würde, ich belohnen müße. Ich habe dem Abg. Obfröder den Vorfall Knapp angedeutet und wollte erreichen, daß der Privatkläger gewarnt werde, damit er keine Klage erhebe. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich damals jemand anders von diesem Vorfall Mitteilung gemacht habe. Ich hielt ihn für erledigt und für unbedeutend.

Landtagsabg. Heimburger
bemerkte: Es ist gelegentlich einmal anlässlich eines Artikels im „M. G. A.“ der besonders reichhaltig war, gesagt worden, das sei der Mann, der einmal die Jungliberalen habe nach links führen wollen. Wenn diese Ausrufung gefallen ist, könnte ich nicht sagen, auch ist der Privatkläger niemals mit Vorschlägen in diesem Sinne an mich herangetreten.

Landtagsabg. Sühling

deponierte: In der Landtagsperiode 1905-06 und zwar im Frühjahr, ging ich einmal an einem Sitzungstage in der Wespertag in die Restauration Knapp. Es entwickelte sich dort ein Gespräch, dessen Gegenstand ausging von einer liberalen Versammlung, welche am Freitag zuvor wohl über die Tarifreform hatgefunden hatte und in welcher der Privatkläger und Herr Ding aneinandergeraten waren. An dem Gespräch nahm Herr Vogel und der Privatkläger teil. Hierbei sagte der Privatkläger, er sei mit der Haltung der Nationalliberalen nicht mehr einverstanden, er gehöre nicht mehr zu ihnen, sondern fühle sich mehr zu den Demokraten hingezogen, eigentlich bleibe er nur noch in der Partei, um seine Gesinnungsgenossen dort zu sammeln und sie dann den Demokraten zuzuführen und er hoffe, daß die Demokraten ihm etwas Entgegenkommen zeigen werden.

Unter Entgegenkommen verstand ich nur solches im politischen Sinne, nicht im Sinne eines persönlichen Vorteils. Herr Vogel hat einen derartigen Vorschlag als nicht fair im Sinne der demokratischen Partei hingestellt. Ich habe bisher immer geglaubt, er habe dies erst nachher zu mir allein gesagt und habe dem Privatkläger überhaupt nichts erwidert. Wenn aber Herr Vogel sagt, er habe dies dem Privatkläger direkt erwidert, so wird das wohl stimmen. Ich selbst habe auf die Ausrufung des Privatklägers großes Gewicht gelegt und habe sie auch nachher sofort meinen Fraktionskollegen mitgeteilt. Ebenso habe ich den Vorfall bei nächster Gelegenheit dem Kollegen in Mannheim erzählt und betont, das muß man sich merken, da eine derartige Ausrufung eines Berichterstatters einer größeren gegnerischen Zeitung für uns von Wichtigkeit werden könne. Ich habe aus diesem Grunde auch die Ausrufung genau im Gedächtnis behalten. Ob sie der Angeklagte sich aufgeschrieben hat, weiß ich nicht genau. Ich habe in der Folgezeit auch direkt mit dem Angeklagten über den Vorfall gesprochen, wenn Artikel des „M. G. A.“ und dazu Anlaß gaben. Ob die der Anklage zugrunde liegenden Artikel in der „Vollstimmte“ erschienen sind, habe ich nochmals mit dem Angeklagten über den Vorfall gesprochen.

Nach der Verlesung dieser kommissarisch vernommenen Zeugen wird

Zeuge Ernst Müller

Direktor der Dr. S. Haas'schen Buchdruckerei, aufgerufen. Kläger: Es ist von der Gegenseite die Behauptung aufgestellt worden, daß ich in der Zeit vom Oktober 1905 bis März 1907 meine Haltung gegenüber der Sozialdemokratie geändert hätte. Es ist vielleicht bei dieser Gelegenheit angebracht, festzustellen, wann ich wieder ins Geschäft eingetreten. Zeuge: Meines Wissens ist der Wiedereintritt nach den Landtagswahlen erfolgt. Wenn wir miteinander über politische Fragen gesprochen haben, war der Kläger immer gegen die Großblockpolitik.

K. A. Dr. Frank: Der „Generalanzeiger“ ist doch im Jahre 1905 für die Großblockpolitik eingetreten.

Zeuge: Wir haben mit Rücksicht auf die Parteibehaltnisse nicht dagegen geschrieben. Wir haben auch den Auftrag der Parteileitung und das sonstige uns zugegangene Material zwischen Partei und Stichwahl veröffentlicht. Einige Wochen nachher haben wir allerdings unsere eigene Auffassung kundgegeben. Auf Verlangen des Vorherrn gibt der Zeuge weiter an, daß der Kläger immer politisch tätig war und beim „Mannheimer Generalanzeiger“ zum zweitenmal eingetreten ist, als das Karlsruhe Bureau errichtet wurde.

Verteidiger Dr. Frank: Wenn wir bewiesen haben, daß Herr Christmann im Jahre 1906 versucht hat, einen Teil seiner Freunde herüberzuziehen zu den Demokraten, so hat er gewußt und mußte wissen, daß einer der wichtigsten Programmpunkte damals gewesen ist der Zusammenschluß mit den Sozialdemokraten. Wenn er das gewußt hat, so muß er die Feindschaft gegen die Großblockpolitik in jenem Augenblick geändert oder aufgegeben haben.

K. A. Dr. David: Der Schluß ist unrichtig. Die Möglichkeit, mit den Demokraten gemeinsame Sache zu machen und sich trotzdem gegen die Sozialdemokratie zu wenden, lag nicht so fern, als daß sie nicht schon damals ins Auge gefaßt werden konnte. Deshalb ist die ganze Schlußfolgerung durchaus unlogisch, daß eine Annäherung an die Demokraten unabweisbar sei.

K. A. Dr. Frank: Die badische Demokratie hat konsequent immer den Standpunkt vertreten, daß ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie das tatsächliche richtige für die badischen politischen Verhältnisse sei. Das hat der Kläger gewußt.

Kläger Christmann stellt an den Zeugen die Frage, ob es nicht richtig sei, daß er in allen Gesprächen während der Tarif- und Finanzreform immer den Standpunkt vertreten habe, daß eine Abspaltung der Jungliberalen von der natl. Partei unter allen Umständen zu vermeiden sei aus gewissen Gründen.

Zeuge Müller bestätigt, daß sein Eindruck bei allen Gesprächen mit dem Kläger Christmann gewesen sei, daß dieser davon überzeugt war, daß es eine politische Notwendigkeit sei, daß die Jungliberalen bei der natl. Partei bleiben und daß die jungliberale Bewegung geeignet sei, die liberalen Elemente in der Partei festzuhalten. Er hat deshalb auch die Ausrufung, die er gegenüber den Landtagsabg. Vogel und Sühling getan haben sollte, für einen schlechten Scherz gehalten.

Nach weiteren Bemerkungen des K. A. Dr. Frank, des K. A. Dr. David und des Beklagten G. C. d. die sich auf die Wichtigkeit der Verichte der „Vollstimmte“ und der „Pfalz Rundschau“ über die Ludwigsbader Versammlung beziehen, wird

Landtagsabg. K. A. Dr. Ding

als Zeuge aufgerufen, der sich ausführlich über den Kläger äußert. Wir werden diese Ausführungen und die Entgegnung des Klägers morgen nachtragen.

Auf den klägerischen Antrag, über die Ludwigsbader Vorgänge Zeugenebene zu erheben, erging Gerichtsbescheid, daß von der Bezeichnung weiterer Zeugen Umgang genommen werde. Es folgten die

Plädoyers.

Rechtsanwalt Dr. David führt aus: Ein Bericht des „Generalanzeigers“ über die Verhältnisse des Ludwigsbader Arbeitervereins war der Anlaß. Hierüber wurde eine Mitteilung gegeben, die in jedem Teil der Wahrheit entsprach und liberal in den Wäutern in gleicher Weise wiedergegeben war. Demzufolge haben die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei Ludwigsbaders unter Führung des Landtagsabg. Dr. Ding die Verlesung des liberalen Arbeitervereins zu verhindern. Die Führer mußten schließlich die Verlesung verfallen. Dieses Vorgehen wurde gebührend bestraft. Die „Vollstimmte“ hat gegenüber dem Bericht einen Artikel geschrieben über „liberale Propaganda“. Diese Ausdrucksweise wird dadurch noch verstärkt, daß im Artikel behauptet wird, es läge „wiederum eine gemeine und lächerliche Entstellung“ vor. Diese Behauptung ist in den nachfolgenden Artikeln wiederholt worden, was nicht als Nebenstücke zu betrachten ist. Im Zusammenhang hiermit ist schließlich, daß ich in dieser durch nichts veranlaßten Weise der Angriff gegen Herrn Christmann eingeleitet worden ist. Da aber sonstige Gründe gegenüber Verleumdung und Charakterisierung des Beklagten der Parteien in Ludwigsbader nicht gegeben waren, bewendete sich die „Vollstimmte“ gegen Christmann, um ihrem allen

Wohl einmal Luft zu machen. Es ist verfehlt, hier auf frühere Artikel des Herrn Christmann Bezug zu nehmen.

Die Volkstimme hat sich aber bezüglich dieser Rede weise als Rechts begeben. Was Herr Christmann schrieb, war Resende. Es ist persönliche Gehässigkeit, daß man diese sachlichen Auseinandersetzungen zum Anlaß nahm, gegen Christmann einen Schlag zu machen.

Die fragliche Unterlage zum Schlag hat Herr Geel eine Aeußerung gegeben, die früher in einem Wirtshaus gefallen ist. Nach Vogels Aussage, die ich für die richtige halte, ist damals zufällig Herr Christmann bei der Kammerdebatte herangelommen.

Was diese Aeußerung anbelangt, so ist hier der Abg. Vogel der geeignete Richter, und dieser erklärte, daß diese Aeußerung im Sinne gemacht wurde. Es war eine Aeußerung, die gemacht wurde, wenn er im Sinne ist. Daß dies Herr Sühling kategorisch aufnahm, was hier für politische Dinge so sich gehen und sich vornehm, diese Aeußerung bei der ersten besten Gelegenheit zu einer politischen Aktion zu verwenden, ist bedenklich.

Herr Geel hat die Behauptung aufgestellt, daß in der Tat Christmann nicht bloß eine solche gelegentliche Zeugnung gemacht habe, sondern daß sein politisches Vorgehen auch in der Tat einer bestimmten Richtung entsprach. Das ist sehr für einen Mann mit der Demokratie eingetreten sei, während er nun plötzlich eine andere seinem früheren Standpunkte entgegengesetzte Richtung eingeschlagen habe.

Hätte Herr Geel sachlich über diese Artikel gesprochen, so würde die Notwendigkeit zur Klage nicht eingetreten sein. Aber die Form war so, daß die Sachverhalte sich niemandem nicht gefallen lassen kann. Ich brauche nur darauf aufmerksam zu machen, daß überhaupt in der Klage habe geistlichen, um der Parteieliten Schwierigkeiten zu bereiten, daß Herr Geel in einem verletzenden Ton verfuhr, wenn er von Fingerringelungen und ähnlichen Dingen spricht.

Rechtsanwalt Dr. Franz

Wirkte aus: Sie mögen die Artikel des Angeklagten als weit über die Grenzen hinausgehend erachten und den Angeklagten demgemäß strafen. Aber wie man in den Wald hineinschmückt, so soll es heraus. Der Grund zur Privatklage war:

Der Privatkläger selbst sagte, er sei gewunden gewesen, weil seine journalistische Ehre in Frage stehe. Er weicht damit die schwersten Vorwürfe gegen Inhalt und Form seines journalistischen Auftretens. Es ist ihm vorgeworfen, daß er politisch ein zweifelhafter Charakter sei, daß sein Handeln, Denken und Fühlen nicht immer im Einklang stehe.

In Ludwigshafen hat eine Versammlung stattgefunden. Es kann nun sein, daß die Information des Klägers falsch war. Daran macht man ihm keinen Vorwurf. Wir werden vor, daß er unzulässig an den Bericht politische Konsequenzen mit persönlicher gehässiger Spitze gezogen hat. Er hat gesagt, man soll hoch nicht mit Worten vorgehen, die herab terroristisch sind. Der Kernpunkt war aber, daß er sich bekannt hat, zu dem Bericht, Teile der Jungliberalen zu den Demokraten herüberzuweichen. Dieser Vorwurf ist charakterisiert worden als plumpe Verhöhnung und Schauerwäre.

Herr Vogel hat die Auffassung geäußert, es handle sich um keine Äußerung. Ein Vertreter der nationalliberalen Abgeordneten, Herr Löffler, hat Herrn Christmann vor Moge warnten. Herr Vogel vor Gericht unangenehme Dinge sagen müßte. Die Behauptung des Artikels ist nebenbei. Sühling gab an, daß er der Fraktion und der Volkstimme sofort Mitteilung gemacht habe. Ich möchte den Bericht zurückweisen, den Sühling so darzustellen, als ob in dem Weitergehen des Beschlusses etwas Ehrenwürges zu finden wäre.

Wing gehört haben, von dem größten Teil der nationalliberalen Partei. Wenn er den gleichen Eindruck gewonnen hat, wie die Freunde Christmanns, ist das nichts Persönliches. Christmann ist ein politisch zwiespältiger und rätselhafter Charakter, das ist durch Wing erwiesen.

Die Form, die der Beklagte anwandte, war vielleicht zu scharf. Christmann mußte sich aber von allen Seiten gegen lassen, daß er Dinge begangen habe, die mit der journalistischen Tätigkeit nicht vereinbar sind. Es ist nachgewiesen, daß sein politischer und journalistischer Charakter nicht der, wie er von einem Mann erwartet werden soll, der in politischer Beziehung Einfluß haben will.

Nach kurzen Replik der Verteidiger und nach Ausführungen des Klägers und Beklagten, die wir morgen gleichfalls nachgetragen werden, sieht sich das Gericht zur Urteilsberatung zurück.

Das Urteil.

Nach etwa einstündiger Beratung verurteilt der Vorsitzende das folgende Urteil: Der Angeklagte Doktor Geel wird wegen öffentlicher Beleidigung in zwei Fällen zu 50 M. Geldstrafe eventl. 5 Tagen Gefängnis verurteilt. Dem Privatkläger wird die Beugnis zugesprochen, das Urteil im „Mannh. Generalanzeiger“ auf Kosten des Beklagten veröffentlichen zu dürfen. Von der Anklage der Beleidigung in zwei weiteren Fällen wird der Angeklagte freigesprochen.

Die Urteilsbegründung wird ebenfalls morgen nachgetragen. Der Verteidiger des Privatklägers hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Ernannt wurde Finanzminister Robert Aulich bei der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus zum Residenten.

Zugezogen wurde Resident Dr. Hofmeister beim Bezirksamt Bückeburg zum Bezirksamt Wülzburg zur Ausschließung.

Bestellt wurde Bauinspektor Anton Dörflinger bei der Bauinspektion bei der Bauinspektion Oberbach und Gerichtsschreiber Joseph Birkenmeyer beim Amtsgericht Weisbach zum Amtsgericht Weisbach.

Übertragen wurde dem Postinspektor Friedrich Koch aus Basel die Stelle eines Postinspektors bei dem Postamt in Freiburg. Dem Oberpostinspektoren Wilhelm Kraus aus Unterwiesheim unter Ernennung zum Postinspektor eine Postinspektorstelle bei dem Postamt in Freiburg und dem Postmeister Hermann Bauer aus Wagnstadt die Postmeisterstelle bei dem Postamt in Schopfheim.

Ernannt wurde Oberpostinspektor Carl Christoph Schäfer aus Weisbach in einer Oberpostinspektorstelle beim Postamt in Weisbach.

Zur Wahl des neuen Oberbürgermeisters. Bei einer Aussprache, welche in einer Kommission der vereinigten liberalen Parteien gestern über das Ergebnis der vorgestrigen Fraktionsabstimmungen erfolgte, wurde von einer endgültigen Entscheidung für irgendwelche Persönlichkeiten vorläufig noch Abstand genommen, um in dieser die Zukunft unserer politischen Entwicklung so tief beeinflussende Wahl noch weiter mit aller Ruhe und unbefangener Sorgfalt sich die Entscheidung vorzubehalten. Dabei sollen auch die Fraktionen der Sozialdemokratie und des Zentrums um ihre Mitwirkung bei der Wahl ersucht werden, um eine möglichst einmütige Wahl zu erzielen, die den Wünschen unserer gesamten Bevölkerung am besten entspricht.

Bei den Frühjahrskontrollversammlungen, die p. H. Landau, Landob stattfinden, werden die Mannschaften der Landwehr, soweit sie geborene Badenener sind, auf Großherzog Friedrich II. vererbt. Die Mannschaften der Reserve wurden schon bei den Herbstkontrollversammlungen neu vererbt.

Ertrunken. Heute vormittag fiel am Neckarstrand das 14jährige Kind des Kapitäns Brecht vom Boot des Bootes „Niederland“, Gedruder Raafche gehörig, in den Neckar und ertrank. Die zur Rettung des Kindes herbeigerufene Hilfe fand das Kleine zwar bereits aus dem Wasser gezogen, aber tot vor.

Schwerer Unfall. Beim Bau eines Kranens auf der Rheinbrücke durch die Firma Heinrich Lehmann u. Co. wurde heute vormittag 10 Uhr ein Balken herab auf zwei dort beschäftigte Arbeiter. Einer derselben, der Schloßer Reinhard, welcher in Mannheim, starb auf dem Transport nach dem Krankenhaus, der andere Arbeiter liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus.

Von Tag zu Tag.

Sittlichkeitsverbrechen. Düsseldorf, 24. April. In einem Buch an der Gellheimer Halde auf dem Düsseldorf Truppenübungsplatz verübte ein unbekannter Mann an einem fünfjährigen Mädchen ein schweres Sittlichkeitsverbrechen. Der Täter verlebte sein Opfer durch Messerschneide an der Brust lebensgefährlich. Obwohl eine Kompanie Infanterie zur Sache des Verbrechens sofort ausmarschierte, konnte dieser nicht entdeckt werden.

Kenshnee in Italien. Rom, 24. April. Aus verschiedenen Gegenden melden die Zeitungen eine enorme Temperaturverhältnisse. Die Avenuzza sind mit Schnee bedeckt. Auch in Viterbo, Siena und Bologna ist Schnee gefallen. In Rom ist die Temperatur im Verhältnis zur Jahreszeit sehr niedrig.

Bermittelte Bergsteiger. Wien, 24. April. Vier Wiener, die am Ostermontag eine Besteigung des Schneberg unternehmen, werden seither vermisst.

Selbstmord eines Bankiers. Paris, 24. April. Wie die „Liberte“ meldet, beging ein aus Trient stammender Finanzmann namens Peruggia im Grand Hotel Selbstmord.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

München, 24. April. Die bayerische Bischofskonferenz hat gestern in Freyding unter Teilnahme sämtlicher Erzbischöfe und Bischöfe Bayerns begonnen. Seitens der Stadtbehörde fand eine Begrüßung statt. Die Beratung dauerte zwei Stunden.

Neu, 24. April. Der „Lorrain“ meldet, daß die 6 Infanterien der Meuse Garnison, welche an Orlens die französische Grenze überschritten haben, mit 16 Tagen Arrest bestraft wurden, weil sie aus Abficht und bei Kenntnis des Verlaufs der Grenze gehandelt hätten.

Die Versicherung der Privatbeamten.

München-Gladbach, 24. April. In einer Versammlung teilte H. „Hess. Ztg.“ der Reichstagsabgeordnete Eitart mit, bei einer in den letzten Tagen im Reichsamte des Innern erfolgten Besprechung wurde erklärt, die Regierung werde dieses Jahrzehnt nicht vorübergehen lassen, ohne dem Reichstage einen Gesetzentwurf über die Reichsversicherung der Privatbeamten zu unterbreiten.

Der 1. Mai.

Gallea, Saale, 24. April. Der Verband der Metallindustriellen von Halle und Umgebung beschloß, die Feierlichkeiten zu entlassen.

Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe.

Berlin, 24. April. Die Einigungsverhandlungen im Baugewerbe, die heute früh im Rathaus fortgesetzt wurden, hatten den Erfolg, daß zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Berliner Baugewerbes eine Verständigung dahin erzielt wurde, daß ein neuer Vertrag auf der Grundlage des im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrages abgeschlossen werden soll. Durch diese Einigung im Berliner Baugewerbe erscheint die Gefahr einer Generallausparierung im deutschen Baugewerbe beseitigt, da die Einigung im Berliner Baugewerbe die Vorbedingung für die Einigung im gesamten deutschen Baugewerbe ist.

Das Nordsee- und Ostseeabkommen.

Petersburg, 24. April. Alle hiesigen Blätter begrüßen die gestern unterzeichneten Verträge über die Ostsee und Nordsee in sympathischer Weise. „Nowoje Wremja“ meint, indem Rußland den Wünschen Schwedens und Norwegens entgegenkam, nahm es Veranlassung, seine Nachbarn zu beruhigen, und von seinen freundschaftlichen Gefühlen zu überzeugen. Das System der abgeschlossenen Verträge habe mehr eine moralische als eine politische Bedeutung. Rußland habe seinen Nachbarn eine feierliche Bestätigung seiner friedlichen Absichten gegeben. Der „Aus“ schreibt, jetzt könne man mit Recht sagen, daß diese heikle Frage zu beiderseitiger Zufriedenheit gelöst worden sei. „Rjednik“ ist der Ansicht, daß mit Schweden erzielte Abkommen würde die öffentliche Meinung Schwedens beruhigen. Die „Börse-Zeitung“ sagt, das gestern unterzeichnete Abkommen bedeute eine sichere Bürgschaft für den Frieden im Norden, für Ruhe und Sicherheit und Schweden könne daher nun nicht mehr von einer russischen Gefahr sprechen.

Berlin, 24. April. Das gestern hier unterzeichnete Nordseeabkommen (Deklaration nebst Memorandum) lautet in deutscher Uebersetzung wie folgt:

1. Deklaration. Die Regierungen von Deutschland, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden sind von dem Wunsche geleitet, die zwischen ihren Staaten bestehenden Bande nachbarschaftlicher Freundschaft zu stärken und dadurch zur Erhaltung des allgemeinen Friedens beizutragen und stimmen in die Ueberzeugung überein, daß ihre Politik mit Bezug auf die an die Nordsee grenzenden Gebiete die Aufrechterhaltung des jetzigen territorialen Status quo zum Gegenstand hat. Sie erklären deshalb, daß sie fest entschlossen sind, die zur Zeit bestehenden Hoheitsrechte ihrer Staaten an ihren Gebieten in jenen Gegenden unverletzt zu erhalten und zu achten. Sollten irgend welche Umstände eintreten, welche nach Ansicht einer der vorgenannten Regierungen den gegenwärtigen territorialen Status quo in den an die Nordsee grenzenden Gebieten bedrohen, so werden die Signatormächte der gegenwärtigen Deklaration mit einander in Verbindung treten, um sich im Wege der Vereinbarung untereinander über Maßnahmen zu verständigen, die sie im Interesse der Aufrechterhaltung des Status quo ihrer Besitzungen für nützlich halten möchten. Die gegenwärtige Erklärung wird mit unklühter Bestätigung ratifiziert werden. Die Ratifikationen werden möglichst bald, spätestens am 31. Dezember, in Berlin niedergelegt. Ueber die Niederlegung jeder Ratifikation wird ein Protokoll ausgenommen, von dem eine beglaubigte Abschrift auf diplomatischem Wege den Signatormächten übermittelt wird. In Urfund dessen u. s. w.

2. Memorandum. Bei der Unterzeichnung der Deklaration vom heutigen Tage stellen die Unterzeichneten im Namen ihrer Regierungen Folgendes fest: 1. daß der durch diese Deklaration anerkannte Grundgedanke der Aufrechterhaltung des Status quo nur die territoriale Integrität aller gegenwärtigen Besitzungen der hohen vertragsschließenden Teile in den an die Nordsee grenzenden Gegenden ins Auge faßt, und daß daher die Deklaration in keiner Weise anerkennen werden kann, sobald es sich um die freie Ausübung von Hoheitsrechten der hohen vertragsschließenden Teile über ihre oben erwähnten Besitzungen handelt; 2. daß im Sinne der Deklaration die Nordsee sich nach Osten bis zu ihrer Vereinigung mit den Gewässern der Ostsee erstreckt.

Die Karuben in Indien.

Kalkutta, 24. April. Eine besoldungste Mobilmachung von drei Brigaden für die Nordwestgrenze wurde befohlen. Lord Kitchener ist eilig von Cuneo nach Simla abgereist. Ein englisches Kriegsschiff hat im Omangol für Wohlwunders bestimmte Waffen und Munition erbeutet.

Volkswirtschaft.

Von der Reichsbank. In den letzten Tagen waren die Aktienkurse bei der Reichsbank etwas besser, so daß der nächste Status des Instituts gegen das Vorjahr wieder eine Besserung bringen wird. Wenn die geringe Zinsanspruchnahme der Reichsbank anhält, wird beabsichtigt, noch vor Ultimo eine Diskontierung vorzunehmen und vielleicht auf Dienstag oder Mittwoch nächster Woche den Zentralanschuß zu berufen. Es dürfte sich vorerst H. Hess. Ztg. nur um eine Ermäßigung von einem halben Prozent handeln, da die Bank erst die weitere Entwicklung abwarten will.

Chemische Werke vorm. S. u. C. Albert, Amöneburg-Biebrich. Nach dem Geschäftsbericht für 1907 gehalten sich der Ertrag aus den zulässigen Kapitalbeteiligungen ebenso befriedigend wie das Ergebnis der eigenen Industrie betriebe. Der Reingewinn betragt M. 4 207 873 (i. S. M. 4 451 667), die Dividende M. 3 200 000 (i. S. M. 2 230 000). Die Ausschüßen für das laufende Geschäftsjahr werden H. Hess. Ztg. als befriedigend bezeichnet.



Volkswirtschaft.

„Vita“, Versicherungs-Aktiengesellschaft, Mannheim.

In der heute vormittag unter Vorsitz des Herrn Reichs...

Der Beschluss der Generalversammlung, dem Vorschlag des...

Wie sich aus dem vorliegenden ausführlichen Jahresbericht...

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft, Mainz. Der lang-

Die Vogelschlägler Baumwollspinnerei in Hof erstellte im...

Jäger u. Co., A.-G., Schreibwarenfabrik in Erlangen. Der...

Offener Bergwerksverein König Wilhelm in Vordorf. Das...

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk. In der Sitzung...

Koblenzener Aktien-Verein für Bergbau (Zeche der „Mat-

Deutsche Transport-Versicherungsgesellschaft in Berlin. Die...

Verband süddeutscher Bleicherer- und Färbereibesitzer. Die...

Deutsche Kollwerke. Wie die Verwaltung mittelst, dürfte...

Das Schranck'sche Fabrikat beschloß, die für das erste Quar-

Kontrollstempel auf ausländischen Vospapieren. Wie kürz-

Chemische Fabriken Geranheim-Deubach, A.-G. W. Das Resultat...

wie im Vorjahr der außerordentlich niedrige Rheinwasserstand...

Der Kontoforrentverlust ist in der Hauptfache durch die...

Der Geschäftsgang im laufenden Jahre kann bis heute als...

Die Bilanz per 31. Dezember 1907 verzeichnet am Aktiva:

Unter der Passiva befinden sich: Waren-Archivoren Markt...

Das Gewinn- und Verlust-Konto zeigt folgende Aufwendungen:

Den ausweislich der Bilanz sich ergebenden Reingewinn...

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft, Mainz. Der lang-

Die Vogelschlägler Baumwollspinnerei in Hof erstellte im...

Jäger u. Co., A.-G., Schreibwarenfabrik in Erlangen. Der...

Offener Bergwerksverein König Wilhelm in Vordorf. Das...

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk. In der Sitzung...

Koblenzener Aktien-Verein für Bergbau (Zeche der „Mat-

Deutsche Transport-Versicherungsgesellschaft in Berlin. Die...

Verband süddeutscher Bleicherer- und Färbereibesitzer. Die...

Deutsche Kollwerke. Wie die Verwaltung mittelst, dürfte...

Das Schranck'sche Fabrikat beschloß, die für das erste Quar-

Kontrollstempel auf ausländischen Vospapieren. Wie kürz-

Chemische Fabriken Geranheim-Deubach, A.-G. W. Das Resultat...

Die Neapolitanische Società Italiana per Automobili...

Neue Aufstellungen. Die Juwelierfirma Georg Kron, Söh-

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Gesellschaft.

Table with columns: Reichsbank-Diskont 1/2 Prozent, Wechsel, Amsterdam, Belgien, Italien, London.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table with columns: 1/2 deutsch. Reichsanl., 1/2 pr. lomb. St.-Anl., 4 böhmische St.-A., etc.

Aktien industrieller Unternehmungen.

Table with columns: Bab. Zuckerfabrik, Südb. Immobilien-Ges., etc.

Aktien deutscher und ausländischer Transport-Anstalten.

Table with columns: Lübbigsh. Seefahrer, Süddeutsche Seefahrer, etc.

Pfandbriefe, Prioritäts-Obligationen.

Table with columns: 4% Pr. Pfdb., 4% Pr. Pfdb., etc.

Bank- und Versicherung-Aktien.

Table with columns: Badische Bank, Berg. u. Metalb., etc.

Bergwerks-Aktien.

Table with 2 columns: Bergwerks-Aktien (e.g., Bodamer Bergbau, Harpener Bergbau) and their respective values.

Frankfurt a. M., 24 April. Kreditaktien 198 70, Staatsbahn 148 20, Lombarden 24 60...

Berliner Effektenbörse.

Table of Berlin stock market prices for various securities like Reichsanleihe, Staatsbahn, and various bank shares.

Privatdiskont 4 1/2 %

W. Berlin, 24. April. (Telegr.) Nachbörse, Staatsbahn 148, Lombarden 24 70...

Pariser Börse.

Table of Paris stock market prices for various securities like Rente, Italien, and Japan.

Londoner Effektenbörse.

Table of London stock market prices for various securities like Southern Pacific, Chicago Milwaukee, and others.

Berliner Produktenbörse.

Table of Berlin commodity prices for wheat, rye, and other grains.

Budapest, 24 April. (Telegramm.) Getreidemarkt.

Table of Budapest grain market prices for wheat, rye, and other products.

Liverpool, 24. April. (Anfangsnotiz.)

Table of Liverpool commodity prices for wheat and other goods.

Mannheimer Effektenbörse

Am 24. April. (Offizieller Bericht) Im Verkehr standen heute: Mannheimer Vogerhausaktien zu 87 pCt. Ferner blieben erhältlich: Antin zu 516 pCt. und Bad. Brauerei-Aktien zu 100.

Obligationen.

Table of bond prices under 'Obligationen', including 'Stadtschulden' and 'Industrie-Obligationen'.

Aktien.

Table of stock prices under 'Aktien', including 'Banken', 'Eisenbahnen', 'Chem. Industrie', and 'Brauereien'.

Telegraphische Handelsberichte.

B. von der Frankfurter Börse. Die Zulassung der nom. Kap. 3 150 000 M. Reichlich Chinesische Renten-Pfand-Staatsbahn-Anleihe von 1908...

Gerichtszeitung.

§ Mannheim, 23 April. Strafkammer III. Vorz.: Landgerichtsdirektor Dengler, Vertreter der Groß-Staatsbehörde: Alfred Geisler.

Der 40 Jahre alte Metzger und Metzler Georg Gradenauer aus Friedrichsfeld ist Vater von acht lebendigen Kindern, was ihn aber nicht abhält, noch galanten Abenteuerern nachzugehen...

Eine ungeheuer leichtsinnige Handlungsweise lag dem 29 Jahre alten Landwirt Karl Siz aus Dembsch zur Last. Als ihn Kinder ärgerten, holte er ein Fliegennetz und schob in den Schwanz. Ein 14-jähriger Junge bekam eine Kugel ins Bein...

Der 19 Jahre alte Fabrikarbeiter Adam Krob aus Pfaffenloch kam bei Fahrradhändler Schmeißer in Schwelkingen ein Rad aus Abzahlung. Die von seinem Vater verlangte Bürgschaft fingierte er, indem er auf dem Abzahlungsertrag die Unterschrift seines Vaters nachahmte. Urteil: 2 Wochen Gefängnis.

Das 15-jährige Dienstmädchen Marie Hoffmann aus Kreuznach hat am 6. April d. J. in Redaran einem anderen Dienstmädchen 15 Mark bar, Stoff für ein Kleid und ein Paar Pantoffeln entwendet. Es wird auf 3 Wochen Gefängnis erkannt.

Der Tagelöhner Ludwig Schröder aus Weinheim ist nicht zufrieden mit einem schöffengerichtlichen Urteile, das wegen Körperverletzung auf 2 Wochen Gefängnis lautete. Schröder hatte am zweiten Wahlnachtsfest einen gewissen Wendel mit dem Stode traktiert. Seine Verurteilung blieb nicht ohne Erfolg. Die Strafe wurde in 40 Mark an Geld umgewandelt. Vert.: H. A. Weinberg.

Weil ihnen angeblich zu viel Strafgeld abgezogen wurde, machten die Glycerin-Antes und Georg Sommer am 22. Oktober dem Gipsermeister Adam Vohrheimer in Heidenheim eine böse Scene, sie sollen den Meister sogar mit einem Dolch bedroht haben. Das Schöffengericht hat beide als nicht überführt freigesprochen. Auf die Verurteilung des Staatsanwalts wird heute jenes Urteil aufgehoben und Antes zu 2 Wochen, Sommer zu 1 Woche Gefängnis verurteilt.

Säute- und Felle-Auktion der Süddeutschen Fleischmelze.

Bei der am 22. April stattgehabten Auktion wurden nachstehende Preise erzielt: Rindhäute: bis 59 Pfd. 46 Pfd., 60 bis 69 Pfd. 46,5 Pfd., 70 bis 79 Pfd. 46,5 Pfd., 80 bis 89 Pfd. 44,5 Pfd., 90 bis 99 Pfd. 43 Pfd., 100 und mehr Pfd. 43,5 Pfd., Landhaute bis 69, 70 und mehr Pfd. 44,5 Pfd., beschädigte bis 79 Pfd. 43 bis 41,5 Pfd., beschädigte bis 80 und mehr Pfd. 42 Pfd., Norddeutsche 37 Pfd.

Farrenhäute: unter 100 Pfd. 37,5 Pfd., über 100 Pfd. 31,5 bis 34,5 Pfd., unter 100 Pfd. ohne Kopf und teils ohne Fülle 41,5 bis 42 Pfd., über 100 Pfd. ohne Kopf und teils ohne Fülle 34,5 bis 36,5 Pfd., beschädigte unter 100 Pfd. 32,5 bis 33 Pfd., beschädigte über 100 Pfd. 30 bis 30,5 Pfd., beschädigte unter 100 Pfd. ohne Kopf und teils ohne Fülle 33 Pfd., beschädigte über 100 Pfd. ohne Kopf und teils ohne Fülle 32 Pfd.

Rindhäute: bis 59 Pfd. 50,5 bis 52 Pfd., 60 bis 69 Pfd. 51 bis 52,5 Pfd., 70 bis 79 Pfd. 48,5 Pfd., 80 bis 89 Pfd. 48,5 Pfd., 90 bis 99, 100 und mehr Pfd. 46,5 Pfd., Landhaute bis 69 Pfd. 49 Pfd., Landhaute 70 und mehr Pfd. 47 Pfd., beschädigte unter 60 Pfd. 50 Pfd., beschädigte 60 bis 79 Pfd. 45 bis 48 Pfd., beschädigte 80 und mehr Pfd. 4,5 bis 44,5 Pfd., Norddeutsche 43,5 Pfd.

Ochsenhäute: bis 59 Pfd. 48,5 Pfd., 60 bis 69 Pfd. 47,5 Pfd., 70 bis 79 Pfd. 45,5 Pfd., 80 bis 89 Pfd. 47 Pfd., 90 bis 99 Pfd. 43 bis 43,5 Pfd., 100 bis 109 Pfd. 40,5 bis 41 Pfd., 110 bis 119 Pfd. 40 bis 40,5 Pfd., 120 und mehr Pfd. 40 bis 40,5 Pfd., Landhaute 40,5 Pfd., beschädigte unter 70 Pfd. 42,5 Pfd., beschädigte von 70 bis 89 Pfd. 42,5 bis 43 Pfd., beschädigte von 90 bis 99 Pfd. 41 Pfd., beschädigte 100 und mehr Pfd. 33 Pfd., Norddeutsche 38,5 Pfd.

Kalb- (ohne Kopf). I. Gewichtsklasse über 12 Pfd. M. 9,90 per Stück, II. Gewichtsklasse von 10 bis 12 Pfd. M. 8,60 per Stück, III. Gewichtsklasse von 8 bis 10 Pfd. M. 8,40 per Stück, IV. Gewichtsklasse von 6 bis 8 Pfd. M. 7,25 per Stück, V. Gewichtsklasse unter 6 Pfd. M. 5,75 per Stück.

Landkalbfelle: I. Gewichtsklasse über 12 Pfd. M. 9,- per Stück, II. Gewichtsklasse von 10 bis 12 Pfd. M. 8,40 per Stück, III. Gewichtsklasse von 8 bis 10 Pfd. M. 8,30 per Stück, IV. Gewichtsklasse von 6 bis 8 Pfd. M. 7,15 per Stück, V. Gewichtsklasse unter 6 Pfd. M. 5,70 per Stück.

Hammelfellen: M. 5,- per Stück, - Hammelblößen: M. 2,25 per Stück.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegramm-Adresse: Margold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637, 24. April 1908, Provisionsfrei!

Table with 3 columns: 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt', 'Betr.', 'Räucher'. Lists various companies and their associated values.

Geschäftliches.

'Nord-Express' ist die neue Bezeichnung des jeden Wankheimer bekannten Weinlokals 'Zum Saub der Widnis' in P 2, 3, in nächster Nähe der Hauptpost, das aus dem Wankheimer Schmelzer, Das Lokal, das unter der Leitung des bekannten Restaurateurs G. Langenberger (früher Restaurant 'Haus') betrieben wird, bürgt schon durch den Ruf dieses berühmten Restaurateurs für ein gemütliches, unsern Wankheimer Bekanntheitskreis angelegentliches Weinlokal. Bereiten können wir nur noch, daß neben einer exquisiten Küche ein vorzüglicher Pfälzer, Rhein-, Mosel- und Badischer Wein zum Ausprobieren kommt, den wir gewohnt sind, bei Herrn Langenberger in der bekannten Güte zu bekommen. Man kann daher dieses Lokal, das Ende der nächsten Woche eröffnet wird, allen Wankheimern mit bestem Erfolge empfehlen!

Die Herzen der ganzen Damenwelt erobert 'Amor' heute mehr als je: denn alle Damen, welche einen Versuch mit dem Metall-Fuß-Glanz 'Amor' machten, sind erfreut über die Schnelligkeit, mit welcher dieses Schmuckstück allen Metallliebenden Glanz verleiht und sorgen dafür, daß 'Amor' stets im Hause haben. Dieser vorzügliche Metall-Fuß-Glanz ist in allen einschlägigen Geschäften in Dosen à 10 Pfd. zu haben.

Verantwortlich:

Für Politik: Dr. Fritz Goldensbaum; für Kunst, Feuilleton und Vermischtes: Alfred Becken; für Lokales, Provinziales u. Gerichtszeitung: Rich. Schönfelder; für Volkswirtschaft u. den übrigen redaktionellen Teil: Karl Wessel; für den Inseratenteil und Geschäftliches: Franz Kirker; Druck und Verlag bei Dr. H. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.; Direktor: Ernst Müller.



Harres, weisses Alpakka-Metall (la. la. Neusilber) als Unterlage, Garantie für die eingestempelte Grammzahl der Silberauflage, Verstärkung der Versilberung an Spitzen u. Aufliedgestellen nach der Württembergischen Metallwarenfabrik.

W.M.F. Bestecke

eignem Verfahren (a b c). Dauerhafte, unübertroffene Befestigung der Messerklingen, Lockerwerden ausgeschlossen. Handpolitur mit Stahl u. Blutstein; keine abschleifende Maschinenpolitur.



Die mit extrastarken Angeln versehenen Klappen werden nicht eingeknickt, eingeknickt oder verbogen, sondern mit einer Metallkapselung nach einem Verfahren eingepreßt. Das Auswechseln von schabhaften Klappen macht keine Schwierigkeiten.

Niederlage in Mannheim bei: Carl Ziegiwalner, O 3, 4a, Planken, neben der Hauptpost. 74101

Bekanntmachung. Die Verwaltung des Fuhrwerksverkehrs während der Herbst-Herbstzeit...

„VITA“ Versicherungs-Aktien-Gesellschaft, Mannheim. Bilanz für den Schluss des Geschäftsjahres 1907.

Table with columns A. Aktiva and B. Passiva, listing various assets and liabilities with their respective values.

Die Anzahlung der Dividende von 7 1/2 % Mk. 17,15 auf die Aktie, erfolgt gegen Einlieferung des Dividendscheines für 1907 von Samstag, den 25. April d. Js. an bei der Süddeutschen Disconto-Gesellschaft A.-G. Mannheim, und bei den Herren H. L. Hohenemser & Söhne, Mannheim.

MANNHEIM, den 24. April 1908.

Der Vorstand. Dr. Oster.

Culte Français. Der bisher im Vereinslokal in K. 2 abgehaltene Französische Gottesdienst wird in Zukunft in der Kapelle des Heinrich Lanz Krankenhauses stattfinden.

Rehe. Vorkauf in allen Größen. Schneepfen. Rennier, franz. Pelische. Boullardes, Gapanen. Junge Enten, Gänse. Hamburger Hühner etc.

Transmissions-Anlagen. in allen Dimensionen billig. U 6, 5, - U 6, 5, Tel. 1122.

Unterricht. Existenz!

Verloren. Ein Konzert u. 2 Schillingen, u. 2 Juchstein, wert. Der Finder wird gebitt., dass, sofort in Sedwitzer, 30 IV. abzus., 2108

ATLAS. Deutsche Lebensversicherungs-Gesellschaft, Ludwigshafen am Rhein. Bilanz per 31. Dezember 1907.

Um damit zu räumen, stelle ich einige 100 Mtr. letztjähriger Sommerstoffe nur solide bis feinste Qualitäten zum Ausverkauf.

Reste. Tuchhaus G. F. W. Schulze, N 2, 9b. 79000

Zugelaufen. Scholl. Schäferhund junge. u. j. 21076

Verkauf. Für Fleischer Ia. Existenz! Fleischerei u. Würstfabrik.

Erstes Reisenden-Hotel. in bedeutender Industriestadt Eibensbürg (Schweiz).

Stellen finden. Empfangsdame! Eine jüngere Dame, die im Verkehr mit H. Publ.

Stellen finden. Empfangsdame! Eine jüngere Dame, die im Verkehr mit H. Publ.

Stellen finden. Empfangsdame! Eine jüngere Dame, die im Verkehr mit H. Publ.

Bekanntmachung. Der Religionsunterricht in unserer Schule beginnt Sonntag, den 28. April.

Der Religionsunterricht in unserer Schule beginnt Sonntag, den 28. April. Anmeldungen neuerinteressierter Schüler und Schülerinnen finden an diesem Tage in unserem Schulsaal N 4, 7 von 9 bis 11 u. morgens anstatt oder ebenfalls schriftlich bei unserem Lehrer Eduard Bauer, Röllertweg 48.

D. 1, 13 Georg Eichertler D. 1, 13. Fernsprecher 2184. - Gegründet 1889. Wäsche- u. Ausstener-Geschäft.

Gesichtshaare, Warzen, Leberflecken. System nach Dr. Classen. entwirrt 73364

Elektrische Lichtpansanstalt. F. Vowinkel, Inh. d. F. C. Ruppert. Mannheim R. 4, 15

Ausverkauf wegen Geschäftsverlegung. Günstiger Gelegenheitskauf! Gasluster :: Spelzlampe :: Gaszylinderlampe :: Ampeln, Badelampen, Email, Badewannen, Gaskocher etc.

Marquisen. neuerer Konstruktion empfiehlt Carl Steinmüller Kunst- und Hauschmuck.

Flaschenweine, Liquore, Möbel und Hotelsilber bis 30. April 1908. Karl Birk, „Hotel Reu“, L. 1, 5, 1.